Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haben & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 198. | Dresden, Montag den 27. August 1917. | 28. Jahrg.

Probleme der deutschen Politik.

Der sozialdemokratische Parteitag. – Der Moskauer Kongreß. – Eine sozialistische Nationalitätenkonferenz in Rußland.

Der Siebener-Ausschuß.

In der Sitzung der Haushaltskommission vom Sonnabend hat Herr Michaelis offiziell Mitteilung davon gemacht, daß er einen Siebener-Ausschuß aus Reichstagsmitgliedern gebildet wissen will, die sich mit sieben Bundesratsmitgliedern zu einer sogenannten Freien Kommission zusammenfinden und ihm zur Seite stehen sollen. Die erste Aufgabe, mit der sich die Kommission beschäftigen wird, wird, wie bereits bekannt ist, die Beantwortung der Papstnote sein. Im übrigen ist noch ziemlich ins Dunkle gehüllt, wie sich die Tätigkeit und der Einfluß der Freien Kommission in Zukunft gestalten werde und ob der Einrichtung eine lange Lebensdauer beschieden sein wird. Von den Vertretern der Fraktionen wurde dem Reichskanzler zwar erklärt, daß man bereit sei, die Freie Kommission vorläufig zu akzeptieren und praktisch mitzuarbeiten, man gab ihm aber auch sehr deutlich zu verstehen, er solle sich nicht etwa einbilden, daß er mit seinen Konzessionen die Mehrheit des Reichstages zufriedengestellt habe. Was man gewollt habe, sei etwas anderes gewesen.

In der linksstehenden Presse werde die Neueinrichtung nicht mit heller Begeisterung aufgenommen. Die Freie Kommission wird zum Teil als eine Art Kriegsersatz behandelt, dem man keine Träne nachweinen würde, wenn er recht bald wieder verschwände. Das Berliner Tageblatt unterwirft die Ausschöpfung des Herrn Michaelis einer sehr scharfen Kritik:

Das Auftreten des Kanzlers im Hauptausschuß machte wieder den Eindruck tastender Unsicherheit, so, wenn der Reichskanzler erst ausführte, daß die Mitglieder des Siebener-Ausschusses nicht als Vertreter ihrer Fraktionen gelten sollten, nachher aber davon sprach, daß er hoffe, sich mit ihrer Hilfe mit den Fraktionen des Reichstages verständigen zu können. Man hat da das Gefühl, daß man es bei Herrn Michaelis mit einem politischen Anfänger zu tun hat, und es ist nicht erbaulich, daß ein solcher Mann gerade jetzt Reichskanzler sein muß. Aber an seinem guten Willen, mit dem Reichstag zusammenzuarbeiten, ist nicht zu zweifeln, und es ist daher verständlich, daß es die Reichstagsmehrheit jetzt nicht zu neuen Konflikten treiben, sondern versuchen will, eine Erledigung der nächstliegenden politischen Aufgaben in ihrem Sinne auf der Grundlage des bisher Erreichten durchzusetzen, ohne daß sie sich deswegen für die Zukunft irgendwie bindet.

Unsere politische Entwicklung ist in Fluß geraten und es ist kein Zweifel daran, daß sie sich in der Richtung einer Verstärkung des Einflusses des Reichstages bewegt. Freilich sind wir noch immer von dem in den meisten anderen Ländern herrschenden Zustand entfernt, daß der ausschlaggebende Einfluß des Parlaments sichergestellt ist. In den parlamentarisch regierten Ländern werden bekanntlich einfach die führenden Männer der Mehrheitsparteien Minister, und führen dann die Regierung im Sinne der Mehrheit. Dadurch wird aber auch dort nicht der Einfluß der ständigen Bureaukratie, der auf deren eingehenden Kenntnis der Einzelfragen beruht, auf die Politik völlig ausgeschaltet. In England, dem klassischen Lande des Parlamentarismus, sieht dem parlamentarischen Minister ein unparlamentarischer Unterstaatssekretär zur Seite. Es ist dort darüber geklagt worden, daß gerade auf dem Gebiet der auswärtigen Politik der Einfluß der Bureaukratie ein sehr starker ist, und dadurch die Macht des Parlaments beeinträchtigt wird.

Dazu kommt, daß zwischen dem Deutschen Reich und den anderen Staaten doch wichtige Unterschiede bestehen. Abgesehen von dem ziemlich unpolitischen Ressort der Post und der Kolonien hat das Deutsche Reich keine lokalen Verwaltungsbehörden, die Verwaltung ist Sache der Einzelstaaten, und die vorhandenen Zentralbehörden haben mehr die Aufgabe, die Ausführung der Gesetze zu überwachen und die Gesetzgebung vorzubereiten. Deshalb, so glauben wir, braucht man sich noch nicht darauf festzulegen, daß auch für uns das Heil durchaus in der Nachahmung der englischen und französischen Vorbilder liegen muß. Es scheint uns nicht festzustehen, daß nicht mit der Errichtung der Siebener-Kommission ein Weg beschritten ist, der uns zu einer sehr heilsamen und fruchtbringenden Stärkung des Reichstagseinflusses führt. Vor allem wird es darauf ankommen, daß es dem Ausschuß gelingt, in einem möglichst frühen Stadium der Entwicklung der Dinge Einfluß auf den Gang der Staatsgeschäfte zu bekommen, damit die Parteien, nicht wie das so oft geschehen ist, in wichtigen Fragen vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Ferner muß das konservative Monopol auf die höchsten Staatsämter, das, abgesehen von den letzten Ernennungen, bisher nur gelegentlich durch den einen oder anderen nationalliberalen Konzessionsschulzen gestört wurde, aufhören, und selbstverständlich ist es auch nötig, daß in Zukunft unsere leitenden Männer nicht mehr plötzlich, wie aus einer Versenkung, erscheinen, sondern vor ihrer Ernennung muß mit den Vertretern der Parteien Fühlung genommen werden. Das parlamentarische System, Marke England-Frankreich-Italien, hat neben seinen Vorzügen auch mancherlei Nachteile. Zum Beispiel ist es kein schönes Bild, das Frankreich mit seinem so überaus häufigen Ministerwechsel gewährt. Möglicherweise kann auch, vom Standpunkt der Massen des Volkes aus gesehen, etwas Ersprießlicheres herauskommen, wenn sich an der Spitze der einzelnen Ressorts tüchtige Fachmänner befinden, die freilich in enger Fühlung mit Vertretern der Parteien und unter ihrem Einfluß stehen müßten, als wenn durchaus Parlamentarier auf dem Ministersessel sitzen müssen. Die Hauptsache wird immer bleiben, daß wir im Reichstag eine entschlossene Mehrheit haben, die bereit ist, alle Mittel anzuwenden, um ihren Willen durchzusetzen. Daran hat es bisher in Deutschland gefehlt. Aendert sich das in der Zukunft, so wird der Reichstag einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Leitung unseres Staatsschiffes haben, ganz gleich, ob wir viel oder wenig an den Formen unserer Verfassung und an den äußeren Gebräuchen unseres politischen Lebens ändern.

•

Die Vertreter der Parteien.

Die Reichstagsfraktionen haben bereits die Abgeordneten gewählt, die dem Siebener-Ausschuß zur Mitwirkung an der Antwort auf die Papstnote angehören sollen. Die Sozialdemokraten wählten, wie bereits mitgeteilt, die Abgeordneten Ebert und Scheidemann und als deren Stellvertreter die Abgeordneten David und Molkenbuhr, das Zentrum, wie die B. Z. mitteilt, die Abgeordneten Fehrenbach und Erzberger und als deren Stellvertreter die Abgeordneten Trimborn, Herold und Mayer-Kaufbeuren, die Fortschrittlichen den Abgeordneten v. Payer und als Stellvertreter den Abgeordneten Dr. Wiemer, die Nationalliberalen den Abgeordneten Dr. Stresemann und als Stellvertreter den Abgeordneten Prinzen v. Schönaich-Carolath, die Konservativen den Abgeordneten Grafen Westarp.

Die englischen Kämpfe in Flandern verlustreich abgeschlagen.

Wechselvolle Kämpfe um Beaumont. — Rumänische Höhenstellungen erobert.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 27. August 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern verstärkte sich der Artilleriekampf an der Küste sowie zwischen Yser und Lys gegen abend erheblich; er hielt auch nachts an.

Heute morgen brangen mehrfach starke englische Erkundungsabteilungen gegen unsere Linien vor; sie sind durchweg zurückgeschlagen worden.

Vom La-Bassee-Kanal bis Lens ging starke Artilleriewirkung heftigen englischen Vorstößen voraus, die nordwestlich von Lens kurz vor Dunkelheit einsetzten; sie scheiterten verlustreich.

Die Gefechte im Vorfelde unserer Stellungen westlich von Le Catelet dauerten tagsüber mit wechselndem Erfolge an. Bei den Gehöften Malakoff und Cologne errang der Feind örtliche Vorteile; Versuche, den Gewinn zu erweitern, schlugen verlustreich fehl.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Am Chemin des Dames und in der westlichen Champagne zeitweilig lebhafte Artilleriekämpfe. Südlich von Ailles kamen französische Teilangriffe in unserem Abwehrfeuer nicht bis an unsere Hindernisse heran.

Vor Verdun blieb es westlich der Maas im allgemeinen ruhig. Auf dem Ostufer wurde bis in die Nacht hinein erbittert gekämpft. Die nach Trommelfeuer bei Beaumont, im Fosses- und im Chaumewalde einsetzenden Angriffe der Franzosen drängten uns anfänglich aus Beaumont und den Waldstücken heraus. Im Gegenstoß wurden Dorf und Wälder zurückgenommen und einige Hundert Gefangene eingebracht. Abends brachen französische Kräfte erneut zum Angriff vor, die zu noch andauernden Kämpfen um Beaumont führten. Zwischen dem Maas-Tal und der Straße Beaumont—Vacherauville sind alle Angriffe der Franzosen gescheitert.

Rittmeister Freiherr v. Richthofen schoß seinen 59. Gegner ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Nordwestlich von Jakobstadt gaben die Russen einige Stellungen auf dem Südufer der Düna auf; sie wurden von uns besetzt.

Bei Baranowitschi und südwestlich von Luzk lebte im Anschluß an erfolgreiche eigene Erkundungsvorstöße das Feuer auf; bei Husiatyn erstickte unsere Artilleriewirkung einen russischen Angriffsversuch.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph

Im Angriff entrissen deutsche Truppen den Rumänen einige Höhenstellungen nordwestlich von Soveja; heftige Gegenstöße des Feindes brachen verlustreich zusammen.

Bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen

und an der

Mazedonischen Front

keine Ereignisse von Belang.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Eröffnung des Moskauer Nationalkongresses.

In Moskau wurde am Sonnabend der Nationalkongreß eröffnet, der von den verschiedensten politischen Gruppen beschickt wurde und über die Lage Rußlands beraten soll. Eröffnet wurde er mit einer Rede Kerenskis, über die die Petersburger Telegraphen-Agentur berichtet:

Die Regierung habe Bürger des großen und freien Landes nach Moskau berufen, nicht wegen politischer Erörterungen oder Parteistreitigkeiten, sondern um ihnen offen und freimütig die reine Wahrheit zu sagen, die das Vaterland erwartet, und ihnen darzulegen, wie sehr Rußland in diesem Augenblicke leidet. Diejenigen, erklärte der Minister, welche glauben, daß der Augenblick gekommen ist, die revolutionäre Macht mit dem Bajonett zu stürzen, täuschen sich und mögen sich hüten. Denn unsere Autorität stützt sich auf das unbegrenzte Vertrauen des Volkes und Millionen von Soldaten verteidigen uns gegen einen deutschen Einfall. Die Regierung glaubt, daß sie die Wahrheit sagen kann und daß diese Wahrheit nicht nur unsere Freunde erfahren können, sondern besonders unsere Feinde, diejenigen, die unsere Truppen zerstören, diejenigen unter uns, die den Augenblick erspähen, wo sie das Haupt erheben. Bürger! Der Staat durchschreitet eine Stunde tödlicher Gefahr. Ich will nicht weiter davon sprechen, denn jeder von Ihnen ist sich dessen bewußt. Aber Sie wissen auch alle, daß die Aufgabe, die Ihnen zufällt, besonders der Kampf gegen den mächtigen unversöhnlichen und organisierten Feind große Opfer, Selbstverleugnung, tiefe Vaterlandsliebe und Vergessen unserer inneren Streitigkeiten verlangt. Im politischen Leben ist dieser Prozeß der Desorganisation noch lebhafter. Er treibt sogar gewisse Rußland bewohnende Nationalitäten dazu, ihr Heil nicht in enger Vereinigung mit dem Mutterlande zu suchen, sondern in separatistischen Bestrebungen. Endlich wurde das Ganze gekrönt durch die Hauptschmach an der Front, wo russische Truppen, ihre Pflicht gegen das Vaterland vergessend, ohne Widerstand dem Drängen des Feindes wichen und so für ihr Volk neue Ketten des Despotismus schmiedeten.

Vor einiger Zeit haben wir mit Entrüstung den Vorschlag eines Sonderfriedens (!) zurückgewiesen. Vor einigen Tagen waren wir Zeuge eines neuen ähnlichen Versuches, der sich gegen unsere Verbündeten richtete. (!) Diese haben ihn mit derselben Entrüstung zurückgewiesen, und im Namen des großen russischen Volkes sage ich unseren Alliierten: Das ist die einzige Antwort, die wir von euch erwartet haben. (Langanhaltender Beifall und Huldigungen der ganzen Versammlung vor den anwesenden Diplomaten der Alliierten.) Kerenski sprach dann im besonderen von Finnland und bestätigte, daß die Regierung die Wiedereröffnung des aufgelösten Landtags mit Gewalt verhindern werde. Er hoffe, daß das ganze Land diesen Entschluß der Regierung billigen werde.

Nach Kerenski erklärte der Minister des Innern Awksentiew, er habe der Rede des Ministerpräsidenten, der die Wunden Rußlands gezeigt habe, nicht viel hinzuzufügen. Die gegenwärtige Aufgabe der Regierung des Ministeriums des Innern sei, das Leben in der Provinz auf der Grundlage der Gesetze zu organisieren.

Der Minister für Handel und Industrie Prokopowitsch erklärte darauf, der Angelpunkt der wirtschaftlichen Lage Rußlands sei der Krieg, der während des ersten Jahres 53 Milliarden Rubel gekostet habe und während des zweiten Jahres 112 Milliarden. Da Rußland bei Beginn des Krieges vom Weltmarkt abgeschnitten worden sei, hätte es alles aus den inneren Märkten nehmen müssen, was zu einer großen Knappheit der Waren geführt habe. Was die Lebensmittelversorgung anbetreffe, so sei die Lage des Landes außerordentlich schwierig. In mehreren Provinzen könne das Brot ausgehen. Zur Industrie übergehend, erklärte der Minister, er suche die vorhandenen Industrien zu schonen, ihre schöpferischen Kräfte aufrechtzuerhalten und sie für die Demobilisierung vorzubereiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170827/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Auch diese Rede des Ministerpräsidenten ist reich an unklaren Redewendungen und Phrasen, mit denen er verdecken will, daß Rußland Frieden auf der Grundlage eines allgemeinen europäischen Friedens haben könnte, wenn es nicht zu hilflos in der Vasallenschaft seiner Bundesgenossen stäke. Wie die bolschewikistischen Sozialisten über die Konferenz denken, darüber berichtet die Petersburger Telegraphen-Agentur: „Trotz der am Vorabend der Konferenz von dem Bürgermeister Moskaus und den Parteien der revolutionären Sozialisten und demokratischen Sozialisten erlassenen Aufrufe an die Bevölkerung sowie an die Arbeiter und Soldaten, die Ruhe zu bewahren, und der Regierung und der Konferenz zu gestatten, ungestört für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten, beschlossen die maximalistischen Sozialisten und der Rat der Gewerkschaftsverbände, gegen die Konferenz zu protestieren, die sie als bürgerlich und gegenrevolutionär betrachten. Es gelang ihnen, einen Teilstreik in Moskau herbeizuführen. Zahlreiche Fabriken und Werkstätten feiern. Die Straßenbahnen verkehren nicht. Die Wirtschaftshäuser und Hotels sind geschlossen. Die Maximalisten bemühen sich, den Ausstand allgemein zu machen."

•

Vorkonferenzen.

Amsterdam, 26. August. (Telunion.) Für die Moskauer Nationalversammlung werden Vorversammlungen abgehalten. In einer solchen Versammlung von Dumamitgliedern, Vertretern der Stadtverwaltungen und Semstwos erklärte Prinz Trubetzkoi, daß die Regierung von revolutionären Organisationen beherrscht werde. Nur durch sein Genie und seine unermüdliche Arbeit sei Kerenski der einzige Mann, der die Lage beherrsche. Der frühere Generalissimus Alexejew erklärte, daß der Sitz der Regierung nach Moskau verlegt werden müsse. Professor Iljin stellte fest, daß sämtliche sozialistischen Mitglieder an der Desorganisation, die auf jedem Gebiete des Staatswesens herrsche, schuld seien. Die Politik des Ministers des Innern, Awksentjew und des Landwirtschaftsministers Tschernow ruinierten das Land. Ferner stellte Exgeneralissimus Alexejew fest, daß durch die Revolution die militärische Disziplin geschwunden sei. Die Armee sei vollständig desorganisiert. Der ehemalige Oberbefehlshaber Brussilow bestätigte Alexejews Worte. Obschon die Regierung es wünscht, daß der Kongreß keinen einzigen Kollektivbeschluß fasse, wird dies wahrscheinlich doch geschehen. Auf jeden Fall wird jede politische Gruppe, die an dem Kongreß teilnimmt, ihre Resolution zur Abstimmung vorlegen.

•

Ein sozialistischer Kongreß russischer Nationalitäten.

Bern, 26. August. Wie der Temps aus Petersburg meldet, fand der erste Kongreß der nationalen sozialistischen Parteien Rußlands dort statt. Zwölf sozialistische Parteien der verschiedenen Nationalitäten Rußlands, darunter Letten, Armenier, Ukrainer, Mohammedaner und Juden hatten Vertreter entsandt. Es wurde u. a. beschlossen, daß verschiedenen großen Nationalitäten Rußlands administrative Autonomie gewährt werden soll. Ferner solle die Internationale aufgefordert werden, nicht nur Vertreter verschiedener Staaten, sondern auch verschiedener Nationalitäten aufzunehmen.

Das Zentralkomitee der sozialistischen Partei Finnlands richtete einen Aufruf bezüglich der Wiederaufnahme der Arbeit des Landtages an das ganze finnische Volk. In dem Manifest wird erklärt, die vorläufige Petersburger Regierung habe durch die Auflösung des Landtages nur eine Beschränkung der Freiheiten Finnlands im Auge gehabt.

•

Streit zwischen der Heeresleitung und Kerenski.

Kopenhagen, 27. August. Zwischen Kerenski und der Obersten Heeresleitung, namentlich den Generalen Kornilow und Sewienkow, ist ein heftiger Streit bezüglich der Wiedereinführung der Todesstrafe im Heere ausgebrochen. Die Generale erklären es für unmöglich, in dem Millionenheere die Ordnung wiederherzustellen, wenn sie nicht das Recht haben, die stärksten Mittel anzuwenden. Kornilow verlangt weiter, daß auch das russische Eisenbahnnetz unter militärische Kontrolle gestellt wird, da die Eisenbahner drohen, in den Ausstand zu treten.

•

Gegen Verschiebung der Wahlen.

Nach dem Nieuwe Rotterd. Courant meldet Daily News aus Petersburg: Die Regierung hat bekannt gemacht, daß die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung auf zwei Monate verschoben sind, da es unmöglich sei, die Wahlvorbereitungen zu dem anfänglich in Aussicht genommenen Datum zu beenden. Die Ankündigung wird von der Linken mit Unruhe aufgenommen, da jeder Tag des Aufschubes die gegenrevolutionäre Bewegung im Lande verstärkt. Ferner nimmt die Unruhe auch deswegen zu, weil die Versammlung in Moskau abgehalten werden soll. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben durch ihre Reden gegen die demokratischen Organisationen viel dazu beigetragen, diese Unruhe hervorzurufen. Es wird viel von der unversöhnlichen Haltung gesprochen, die der antisozialistische Block gegenüber der Demokratie und der Regierung eingenommen hat. Das kann möglicherweise zu einer neuen Krisis und zum Zusammenbruch der Koalition führen.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag den 14. Oktober d. J., abends 7 Uhr,

nach dem

Huttenschen Garten in Würzburg, Virchowstraße 2,

ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes:
   a) Allgemeines. Berichterstatter: Fr. Ebert.
   b) Kasse. Berichterstatter: O. Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission. — Berichterstatter: Fr. Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. — Berichterstatter: Dr. David.
4. Die nächsten Aufgaben der Partei. — Berichterstatter: Ph. Scheidemann.
5. Anträge.
6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, die Vorarbeiten für den Parteitag, besonders die Wahl der Delegierten und die Stellung von Anträgen, rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der Parteiorganisationen müssen spätestens am 22. September im Besitze des Parteivorstandes sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts veröffentlicht und in der gedruckten Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen können nicht veröffentlicht werden.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressen-Angabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstige Mitteilungen zugehen können.

Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten außerdem beim Lokalkomitee melden. Adresse:

Fritz Endres, Arbeitersekretär, Würzburg, Semmelstr. 46.

Die Mandatsformulare werden rechtzeitig durch uns verschickt.

Berlin, den 25. August 1917.

Der Parteivorstand.

Parlamentarisierung und preußische Wahlreform im Hauptausschuß.

Vor Beginn der Sitzung am Sonnabend teilte der Vorsitzende mit, daß vom W. T.-B. eine Zuschrift eingegangen sei. Hierin wende sich das Unternehmen gegen den Vorwurf, daß es Berichte ins Ausland geschickt habe, die einseitig nach den Wünschen der Alldeutschen zurechtgestutzt seien. Von derartigen Bestrebungen sei das Bureau völlig entfernt und habe auch in dem angeführten Falle keinen derartigen Fehler begangen.

Hierauf legte der Reichskanzler dar, nach welchen Gesichtspunkten er

die neue Reichsregierung

zusammengesetzt habe. Für ihn sei die Ueberzeugung maßgebend gewesen, daß es nützlich und notwendig sei, zwischen den großen Parteien des Reichstags und der Reichsleitung eine engere Fühlung herzustellen. Er sei daher bestrebt, in diesem Sinne alles zu tun, was getan werden könne, ohne daß der bundesstaatliche und konstitutionelle Charakter des Reiches geändert werde. Er habe sich bemüht, an die leitenden Stellen Männer zu setzen, die das Vertrauen der großen Parteien haben. Die enge Fühlung mit dem Reichstag solle aber noch durch eine andere Einrichtung erreicht werden, die zwar noch nicht die Zustimmung des Bundesrats gefunden habe, jedoch nach den Vorbesprechungen mit den stimmberechtigten Mitgliedern des Bundesrats in diesen Kreisen gut aufgenommen werde. Es solle eine

Freie Kommission bei dem Reichskanzler

gebildet werden. Diese habe zunächst die besondere Aufgabe, die Antwort auf die Friedensnote des Papstes vorzubereiten. [illegible] als Vertreter der [illegible] sondern als Privatpersonen [illegible]

Verfassungsberatung [illegible]

[illegible]

Er habe inzwischen die Arbeitslast abtrennen können, die ihm als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident obliegt. Eine besondere Arbeit werde der preußischen Regierung jetzt bereitet durch die bevorstehende

Aenderung des preußischen Wahlrechts.

Ihm sei nachgesagt worden, daß er die Angelegenheit verschleppen wolle, daran denke er durchaus nicht; im Gegenteil werde ernsthaft an den Vorbereitungen dieses Werkes gearbeitet. Der Entwurf soll so schnell vorgelegt werden, daß das Wort des Königs in vollem Umfang erfüllt wird. Auch im Reiche sei die Arbeitslast durch den Krieg aufs äußerste gesteigert worden. Aus diesem Grunde habe er sich genötigt gesehen, in bezug auf die Reichsämter die bekannten Aenderungen vorzuschlagen. Im nächsten Monat werde der Reichstag bei seinem Zusammentritt die entsprechenden Vorlagen bekommen. Er bitte, die Forderungen der Regierung wohlwollend entgegenzunehmen und das Notwendige zu bewilligen.

[illegible] Das Programm der Mehrheitsparteien fordere ebenso, wie der Herr Reichskanzler ausgesprochen habe, eine engere Fühlung zwischen den Mehrheitsparteien und der Regierung. [illegible] nicht bestimmter über den Termin entschieden hat, bis zu dem die Wahlrechtsvorlage an das Abgeordnetenhaus gelangen werde [illegible]

[illegible]

den politischen Parteien in die Reichsleitung berufen werden, nach wie vor Mitglied des Reichstags und ihrer Fraktion sein. Für die Freie Kommission könne man dem Reichstag dankbar sein. Solange wir noch nicht die parlamentarische Regierung erreicht haben, begrüße seine Partei alles, was die Reibungen zwischen Reichstag und Reichsleitung zu verhindern geeignet ist. Von einer Ueberstürzung bei Durchführung der parlamentarischen Regierung könne gar keine Rede sein; das deutsche Volk habe sich vielmehr viel zu lange in die jetzigen Verhältnisse geschickt. Namentlich aber während des Krieges hätten wir Veranlassung, recht rasch und gründlich alles zu tun, was den berechtigten Freiheitsforderungen des Volkes entspricht. Was jetzt geschehen, sei ganz ungenügend. Die Hauptsache sei jetzt praktische Arbeit. Seine Partei werde daher mit Eifer und Hingebung in der Freien Kommission mitarbeiten. Wenn jetzt noch keine parlamentarische Regierung erreicht werden könnte, wäre es ein Notbehelf, Mitglieder der Mehrheitsparteien als solche in die Reichsleitung zu berufen als Staatssekretäre ohne Portefeuille. Man brauche sie nicht als Beamte anzustellen, sondern könnte sie als Kommissare heranziehen, so daß sie der Regierung gegenüber eine selbständige Stellung behalten und auch nach ihrer Entlassung die Reichskasse nicht durch Pensionen belasten. Die endgültige Regelung dieser Frage müsse mit demselben Eifer wie bisher betrieben werden. Der Verfassungsausschuß sollte sich mit diesen Fragen recht bald befassen, damit auch das Plenum möglichst bald dazu Stellung nehmen könne.

Abg. Dr. David (Soz.): Ruhe, Sicherheit und Vertrauen im eigenen Lande seien durch die neue Regierung nicht erreicht worden. Wenn es sich darum handle, einen Generalstabschef für die Armee draußen zu beschaffen, dann würde nur ein Mann dazu auserwählt werden, der Erfahrung in der militärischen Strategie besitzt. Für die Heimatsarmee aber habe man als leitenden Mann einen Herrn ausgesucht, der in der politischen Strategie noch keine Erfahrung habe. Hier seien gewisse Beziehungen und Kenntnisse durchaus notwendig und deshalb hätte man hierauf auch Rücksicht nehmen müssen. Im allgemeinen neige wohl die neue Regierung nach der konservativen Seite. Hier und dort seien einige andere Herren eingefügt. Eine Gleichartigkeit in der Regierung bestehe also nicht, und doch sei Gleichartigkeit notwendig, um Reibungen und Mißtrauen zu vermeiden. Die Ausführungen des Kanzlers haben dadurch eine Ueberraschung gebracht, daß der Kanzler mitteilt, der Kommission sollten nicht nur sieben Reichstagsmitglieder, sondern auch sieben Bundesratsmitglieder angehören. Ob diese Zusammensetzung zweckmäßig sei, sei sehr zweifelhaft. Es bestehe doch schon ein Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten im Bundesrat, mithin beständen zwei Ausschüsse nebeneinander. Geradezu unmöglich sei der Plan des Reichskanzlers, daß die Mitglieder der Freien Kommission nicht als Vertreter ihrer Partei dieser Körperschaft angehören sollten. Sie seien aber in der Tat

Vertreter ihrer Partei

seien ihrer Partei verantwortlich und können natürlich in der Kommission nur als Vertreter ihrer Partei tätig sein. Die neue Einrichtung bedeute nicht die Erfüllung dessen, was eine Partei verlange; vielmehr müsse der Zwiespalt zwischen Gesetzgebung und Reichsleitung beseitigt werden. Die Abgeordneten müßten die Möglichkeit haben, die Regierung laufend zu kontrollieren und dafür zu sorgen, daß die Reichsleitung in dem Sinne durchgeführt werde, wie es die Reichstagsmehrheit verlange. Daher sei

der einzige Ausweg, die parlamentarische Regierung

bei der die leitenden Stellen im Reich besetzt werden durch die Mehrheitsparteien, und die leitenden Herren nach wie vor Mitglieder der Mehrheitsparteien bleiben. Auf diese Weise wird der Gegensatz zwischen der Volksmehrheit und der Regierung aufgehoben; die Regierung ist nicht mehr eine Beamtenregierung, sondern eine Volksregierung. Eine solche ist unvermeidlich für jedes aufgeklärte Volk, und das deutsche Volk werde eine andere Regierung auf die Dauer nicht ertragen.

Der Reichstag hat eine entscheidende Macht

wenn im Reichstage eine arbeitsfähige Mehrheit vorhanden ist, die weiß, was sie will und die entschlossen ist, auch ihren Willen durchzusetzen. Diese Macht muß zur Geltung kommen durch die parlamentarische Regierung. Solange wir dies aber noch nicht erreicht haben, müssen wir uns mit Uebergangseinrichtungen begnügen. Als solche Uebergangsmaßnahme kommt zunächst in Betracht, daß bei Berufung von leitenden Staatsmännern die Mehrheitsparteien des Reichstags gehört werden. Wir müssen unbedingt dazu kommen, daß diejenigen Abgeordneten, die in die Reichsleitung eintreten, dem Parlament erhalten bleiben. Deshalb sei auch seine Partei dafür, die Bestimmung des Artikels 9 der Verfassung zu streichen.

Erzberger (Ztr.): Grundsätzlich sei auch seine Partei mit dem Reichskanzler einverstanden. Seine Partei stimme der

Freien Kommission nur als einer vorübergehenden Erscheinung

zu. Als dauernde Einrichtung würde sie mit dem bundesstaatlichen und konstitutionellen Charakter des Reichs in Konflikt kommen. Für die Aenderung unserer Verfassung sei eine ganze Reihe Fragen schon vor dem Kriege spruchreif gewesen; die bürgerliche Freiheit müsse endlich voll hergestellt werden. Ueber die neuen Männer wolle er sich nicht aussprechen; er müsse aber feststellen, daß es sehr unangenehm empfunden werde, wie

Herr v. Batocki abgeschoben

worden sei, obgleich er dem Vaterlande große Dienste geleistet habe. Dann führte Redner Beschwerde darüber, daß seine Partei bei der Besetzung der Reichsstellen gar nicht berücksichtigt sei. Daß der frühere Reichstagsabgeordnete Spahn ins preußische Justizministerium gekommen sei, begrüße er zwar, doch genüge das seiner Partei durchaus nicht. Seine Partei dürfe nicht auch fernerhin zurückgesetzt werden, wie es 40 Jahre lang geschehen sei.

Stresemann (natl.): Auch er sei der Meinung, daß die bisherige Form der Reichsleitung uns nicht vor schweren Schädigungen bewahrt habe. Daher muß ein Zusammenhang geschaffen werden zwischen der Reichsleitung und dem Reichstage. Die parlamentarischen Regierungssysteme des Auslandes hätten sehr schwere Belastungsproben in dieser Zeit ertragen, wie er es für unmöglich gehalten habe. Ein Fortschritt sei zu verzeichnen. Es seien neue Männer in die Regierung [illegible] den verschiedenen politischen Parteien [illegible] möglich gehalten, daß ein [illegible] als Unterstaatssekretär [illegible]

[illegible]

höchsten Stelle gelangt sei. Einen Scherz habe er sich mit der Ernennung des Herrn Spahn zum Minister gewiß nicht machen wollen, dazu habe er in seiner jetzigen Stellung weder Veranlassung noch Neigung.

Abg. Ledebour (Unabh. S.): stellt fest, daß das, was jetzt als Ziel für die Umgestaltung in den Regierungsverhältnissen aufgestellt worden sei, grundsätzlich dem entspreche, wofür er seit jeher eingetreten sei; jedoch könne er sich durchaus nicht einverstanden erklären mit dem, was tatsächlich durchgeführt worden ist. Das Entscheidende beim parlamentarischen Regierungssystem sei vielmehr, daß die Regierung nur ein Verwaltungsausschuß des Parlaments sei. Der neue Kanzler aber hat bis jetzt überhaupt kein Programm dargelegt. Es genügt nicht, die Bestimmung der Verfassung aufzuheben, nach der niemand gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein kann; vielmehr müsse der Bundesrat als bureaukratische Regierungsbehörde aufgehoben und zu einem parlamentarischen Oberhaus gemacht werden. Endlich sei auch völlig verfehlt der Versuch mit der neuen Freien Kommission. Diese neue Einrichtung ist nichts als Schaumschlägerei, um die Oeffentlichkeit zu täuschen. Es kann nur schädigend sein, wenn sie dauernd bestehen bleibe. Die Mitglieder der Kommission werden nicht Vertrauensmänner ihrer Partei bleiben und nicht die Regierung beeinflussen, sondern umgekehrt: Vertrauensmänner der Regierung werden und ihre Partei nach den Wünschen der Regierung beeinflussen. Ganz besonders verwerflich sei, daß diese wichtige Aenderung vorgenommen werden soll, ohne daß das Plenum des Reichstags Gelegenheit hat, dazu Stellung zu nehmen. Im ganzen müsse er erklären, daß zwar der jetzige Zustand in jeder Beziehung schädlich für das deutsche Volk sei; aber nicht durch die vorgeschlagenen Maßnahmen, sondern nur durch das parlamentarische Regierungssystem geändert werden könne.

Graf v. Westarp (kons.): Es lag kein Grund vor, diese Debatte schon heute herbeizuführen; das hätte im nächsten Monat geschehen können, wenn die Vorlage zur Aenderung der Reichsstellen dem Reichstag zugehen wird. Die Auswahl der Minister sei das alleinige Recht des Kaisers; daran dürfe nicht gerüttelt werden. Mit diesem Recht sei aber unvereinbar, was jetzt gefordert wird; daß die Mehrheitsparteien vor der Ernennung der Minister gehört werden. Keiner der neuen Herren sei als Vertrauensmann der konservativen Partei berufen worden. Seine Partei sei dagegen, daß der Artikel 9 der Verfassung aufgehoben wird. Ebenso müsse er die Forderung des Abg. v. Payer bekämpfen, der die Reichsleitung in eine kollegiale Behörde umgewandelt haben will. Die Erfahrungen des Krieges hätten gerade gezeigt, daß das jetzige System sich durchaus bewährt habe. Seine Partei müsse auch jeder Einrichtung widersprechen, durch die der Reichstag maßgebenden Einfluß auf die Durchführung der Gesetze ausüben will.

Damit ist die Erörterung über diese Angelegenheit beendet. — Montag vormittag 10 Uhr sollen die weiteren Fragen der inneren Politik besprochen werden.

Neue U-Bootserfolge.

Berlin, 26. August. (Amtlich.) Neue U-Bootserfolge, auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 21 000 Brutto-Register-Tonnen.

Unter den versenkten Schiffen befand sich der englische bewaffnete Dampfer Lynorta (3684 Tonnen) mit Kohlen nach Italien, ferner ein vollbeladener bewaffneter Frachtdampfer von 5000 Tonnen mit Kurs auf England.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Berlin 25. August. (Amtlich.) Im Atlantischen Ozean und in der Biscaya haben unsere U-Boote neuerdings acht Dampfer versenkt, darunter einen englischen bewaffneten Dampfer von über 4000 Tonnen, die beiden russischen Dampfer Souma (2200 Tonnen) und Kildin (1640 Tonnen), letzterer mit Grubenholz für England. Zwei Dampfer, der eine mit Lebensmitteln, der andere mit Holz für England, wurden aus Geleitzügen herausgeschossen, ebenso im Doppelschuß zwei vollbeladene Dampfer von 3000 und 4500 Tonnen. Ferner wurde der amerikanische Dampfer Campana (früher Dunholme, 3313 Tonnen), bewaffnet mit zwei 7,5-Zentimeter-Geschützen, nach mehrstündigem Artilleriegefecht versenkt. Der Kapitän sowie der Geschützführer und vier Mann der Geschützbedienung, die der amerikanischen Kriegsmarine angehörten, wurden gefangengenommen.

In der Biscaya hatte eins unserer U-Boote ein Artilleriegefecht mit einer U-Boots-Falle. Der Dampfer, vom Aussehen eines kleinen Tankdampfers hatte spanisches Neutralitätsabzeichen an der Bordwand und hier wie am Heck in großen, weißen Buchstaben den Namen Juan Barcelona. Im Verlaufe des Gefechts wurden der U-Boots-Falle drei Treffer beigebracht. Das U-Boot blieb unbeschädigt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Troelstra über Deutschlands Verteidigungskrieg.

Genosse Troelstra, der Führer der holländischen Sozialdemokratie und Mitteinberufer der Stockholmer Konferenz, hat sich verschiedenen Pressevertretern gegenüber zur jetzigen Friedenslage geäußert. Er will die Frage, inwieweit imperialistische Ziele Deutschlands oder der Entente den Ausbruch des Krieges verschuldet haben, vollständig offen lassen. Aber seit Dezember vorigen Jahres sei es ganz zweifellos, daß Deutschland keine Kriegsziele mehr aufstelle, deren Erfüllung auf dem Boden der heutigen Situation durch eine Verständigung unmöglich wäre. Von irgendwelchen Gebietseroberungen, die nicht durch Verhandlung, sondern nur durch Gewalt möglich wären, sei auch bei der deutschen Regierung keine Spur mehr zu finden. „Gerade umgekehrt ist die Frage bei der Entente", fährt Troelstra fort. Die Räumung der von Deutschland besetzten Gebiete könnte die Entente von Deutschland erreichen, auch wenn sie heute Frieden schlösse. Aber sie wolle in Europa und in noch größerem Umfange in Asien die politische Unterjochtheit und die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit der Mittelmächte antasten, um dadurch ihren politischen Einfluß und ihren eigenen Wirtschaftsbereich zu vergrößern. Wenn es wahr wäre, wie die Entente behauptet, daß sie mit dem Kriegsausbruch in der Abwehr begriffen hätte, so sei es jetzt jedenfalls gerade umgekehrt: in diesem augenblicklichen Stadium des Krieges verfolge die Entente absolut aggressive imperialistische Eroberungsziele, während Deutschland einen reinen Verteidigungskrieg führt.

Troelstra hat zu Beginn des Krieges nicht anerkannt, daß Deutschland sich lediglich in der Verteidigung befinde. Jetzt unterstützt er diese Auffassung mit seiner ganzen großen Autorität.

Die Friedensbedingungen der Labour Party.

Stockholm, 25. August. Social-Demokraten veröffentlicht den Entwurf der Erklärung, welche die englische Labour Party bei der Stockholmer Konferenz abzugeben beabsichtigt. Die Hauptpunkte sind: 1. Der deutsche Imperialismus muß niedergeworfen werden. 2. Die Arbeiterklasse muß sich vereinigen, um den Krieg zu beendigen. 3. Sie soll die russische Formel „ohne Annexionen" annehmen. 4. Ein Bund der Nationen muß gebildet werden. 5. Deutschland muß Belgien wiederherstellen und ihm Schadenersatz leisten. 6. Eine Konferenz von Vertretern der Balkanvölker oder eine internationale Kommission soll über die Balkanfragen entscheiden. 7. Elsaß-Lothringen fällt an Frankreich. 8. Die italienisch sprechenden Gebiete in Oesterreich fallen an Italien. 9. Die vereinigten Polen bestimmen ihr Schicksal selbst. 10. Palästina den Juden unter internationaler Garantie. 11. Konstantinopel wird Freihafen. 12. Die tropischen afrikanischen Kolonien kommen unter internationale Verwaltung. 13. Internationale Kontrolle über wichtige Lebensmittel. 14. Vorbeugende Maßregeln gegen Arbeitslosigkeit. 15. Kein Wirtschaftskrieg. 16. Internationaler Wiederaufbau der verheerten Gebiete. 17. Rechtliche Untersuchung über Verstöße einzelner und der Staaten gegen die Grundgesetze der Menschlichkeit. 18. Wiederaufbau des Völkerrechts. 19. Abschaffung der geheimen Diplomatie. — Ein derartiges Programm dürfte nach Social-Demokraten von allen englischen Arbeitergruppen angenommen werden, also auch von Macdonald, wenn auch mit unbedeutenden Abweichungen.

Dieses Programm macht die Paßverweigerung seitens der imperialistischen englischen Regierung einigermaßen unbegreiflich. Wesentlich anders dürften die Bedingungen Lloyd Georges auch nicht lauten.

Der Kriegsausschuß für Verbraucherinteressen.

Der Kriegsausschuß für Verbraucherinteressen hielt am Sonntag in Berlin eine Sitzung ab, die aus allen Teilen des Reiches stark besucht war. Der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, Berlin, führte aus, daß **voraussichtlich die Ernährungsverhältnisse besser als im verflossenen Jahre** sein werden. Bezüglich der Versorgung mit Fleisch und Fett sei allerdings ein Rückschritt eingetreten, dagegen in der Versorgung mit Pflanzenkost eine wesentliche Besserung. Der Rücktritt des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes v. Batocki **hänge wahrscheinlich mit der Herabsetzung des Schweinefleisches zusammen.** Es wehe eben noch immer ein agrarischer Wind. Diplomingenieur Schlosser empfahl die Bildung von Verbraucherkammern. Schließlich wurde die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit in Reichs- und Staatsbetrieben, öffentlichen Betrieben und in den Schulen gefordert.

Ausland.

Frankreich.

Der Fall Almereyda.

Aus Genf wird gemeldet: Für Clemenceau ist die bisherige Entwicklung des „Falles Almereyda" mit den in dieser Angelegenheit getroffenen Sühnemaßnahmen durchaus nicht abgeschlossen. Er konstatiert unwillig, daß der Minister des Innern, Malvy, und Justizminister Viviani aller Verantwortlichkeit ledig erklärt worden seien, und bedauert, daß Ribot, der oberste Hüter der öffentlichen Ordnung, die angebliche Unentbehrlichkeit seiner beiden Ministerkollegen höher einschätzte als die Forderungen des öffentlichen Gewissens. Eine öffentliche Gerichtsverhandlung, wie sie von der Familie und den Freunden Almereydas verlangt wurde, scheint zur Zeit wenigstens ausgeschlossen, da der Staatsanwalt Lescouvé die Forderung nach ihr nicht als ausreichend begründet erachtete. Bemerkenswert ist, daß die Regierung selbst ihre ergebensten Organe durch Teilmaßnahmen nicht zu befriedigen vermochte. Von verschiedenen Seiten wird das dringende Verlangen ausgesprochen, daß die geheimgehaltenen Vorgänge im Sicherheitsamt, im Ministerium des Innern sowie im Großen Generalstab, der sich bekanntlich gleichfalls mit der Sache zu befassen hatte, unter schärfste Kontrolle zu stellen seien. Fraglos wird sich das Ministerium Ribot infolge der angekündigten Interpellationen dieser Forderung nicht entziehen können. Ob aber das Kabinett in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung sich dem Parlament wird vorstellen können, darüber gehen die Meinungen scharf auseinander.

Aus aller Welt.

Die Entmündigung des Prinzen Friedrich Leopold (Sohn).

Prinz Friedrich Leopold Sohn hat nun gegen seine Entmündigung Einspruch erhoben. Mit der Einspruchsklage, die sich gegen den König von Preußen als Chef der Familie und gegen den Minister des Hauses Hohenzollern richtet, hat der Prinz, der heute sein 22. Lebensjahr vollendet, einen Rechtsanwalt beim Kammergericht beauftragt. In der Klage wird insbesondere die Rechtsgültigkeit der Order des Königs, die die Entmündigung an einen einzelnen Richter überwiesen hat, angefochten. Es wird beantragt, daß diese Angelegenheit vor das zuständige Gericht, in diesem Falle vor den Geheimen Justizrat kommt. Was die materielle Frage betrifft, so wird in der Begründung ausgeführt, daß die Schuldsumme zum größten Teile bereits bezahlt worden ist.

Eine elegante Diebesgesellschaft

ist von der Schöneberger Kriminalpolizei dingfest gemacht worden. Der Anführer dieser Bande ist ein gewisser Nowack, der auch unter dem Namen Stein oder Ruprecht in den Kreisen der Einbrecher bekannt war. Seine Helfershelfer, die den Plan zu den Diebstählen ausarbeiteten, sind ein Buchhandlungsgehilfe R. und ein Arbeiter Ernst R., der unter dem Namen Lustig auftrat. Die Mitglieder der Bande verkehrten in den feinsten Lokalen und Kaffeehäusern am Kurfürstendamm und waren stets auf das eleganteste gekleidet. Sie drangen bei Nacht in das Geschäftslokal der Firma Schikoriki in der Flensburger Straße ein, wo sie für 11 000 M. Kleiderstoffe erbeuteten, dann plünderten sie die Räume des Schneidermeisters Gerber am Kurfürstendamm und stahlen dort für 15 000 M. Ware; ferner verübten sie nächtliche Einbrüche bei Gaß und Uelisi in der Motzstraße, wo sie über 30 000 M. Ware mitnahmen.

Luftpostdienst.

Wie aus Rom gemeldet wird, ist nunmehr ein Luftpostdienst zwischen Toulon und Korsika eingerichtet worden unter der Leitung des Fregattenkapitäns Richard.

Versicherung gegen Schäden durch Straßenkrawalle.

Nach Meldungen südafrikanischer Blätter werden in Johannisburg Versicherungen gegen Schäden abgeschlossen, die durch Plünderung bei Straßenkrawallen verursacht werden. Die Prämie beträgt 2 Prozent für sechs Wochen.

Typhus-Epidemie.

Aus Christiania wird telegraphiert, daß dort eine Typhus-Epidemie ausgebrochen ist. Innerhalb weniger Tage wurden über hundert Fälle gemeldet.

Französische Fliegerunfälle.

Auf Flugplätzen im Innern Frankreichs, wo die Kampffliegen ausgebildet werden, wird jetzt mit unglaublichem Eifer gearbeitet. Die Zeitungen melden fast jeden Tag einige Unglücksfälle. So sind dieser Tage Flieger abgestürzt in Bourget, Villacoublay bei Paris usw. Ein Wasserflugzeug ist bei der Insel Jatte unterhalb Paris ebenfalls verunglückt.

Der amtliche österreichische Bericht.

wtb Wien, 26. August. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Das lebhaftere Artilleriefeuer in den Fronträumen der Generalobersten Erzherzog Joseph und v. Böhm-Ermolli hält an. Keine besonderen Kampfhandlungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Karsthochfläche verlief auch der gestrige Tag ohne größere Infanteriegefechte.

Unmittelbar südlich des Wippachtales schlugen wir einen Nachtangriff ab. Bei Biglia scheiterten schwache italienische Vorstöße.

Schwere Kämpfe entwickelten sich neuerdings im Gebiete des Monte San Gabriele. Trotz der Tapferkeit der Verteidiger, unter denen neben den Grazer Jägern die Südtiroler vom Regiment 87 und ungarische Landsturmabteilungen besondere Ermähnung verdienen, drang der Feind trotz großer blutiger Opfer nirgends durch.

Der in der Nacht zum 24. kampflos geräumte Monte Santo wurde von den Italienern besetzt. Auf der Hochfläche von Vainsizza-Heiligengeist und östlich von Auzza kam es zu mehrfachen Zusammenstößen.

An der Kärntner und Tiroler Front nichts von Belang.

Balkankriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabs.

Letzte lokale Nachrichten.

Eisenbahnunglück. Heute in zeitiger Morgenstunde hat sich kurz vor der Niederwarthaer Brücke ein Zugzusammenstoß ereignet. Ein von Dresden kommender Güterzug fuhr mit ziemlicher Heftigkeit auf einen dort haltenden Lazarettzug auf. Glücklicherweise waren die letzten Wagen des Lazarettzuges leer. Die Wagen wurden zertrümmert und die Lokomotive des Güterzuges entgleiste und stürzte den Bahndamm hinab. Der Führer der Lokomotive konnte sich durch rechtzeitiges Abspringen retten. Glücklicherweise ist bei dem Zusammenstoß niemand ernstlich zu Schaden gekommen. Nur einige Personen trugen leichte Verletzungen davon. Die Bahnstrecke war im Laufe des Vormittags gesperrt.

Tod durch Gasvergiftung. Heute früh 7,30 Uhr wurde in seiner Wohnung, Reichsstraße 20, ein Rechtsanwalt Dr. jur. Eld, mit Gas vergiftet bewußtlos aufgefunden. Die zu Hilfe gerufene Feuerwehr nahm an ihm Wiederbelebungsversuche vor, die jedoch nach 10 Minuten ohne Erfolg blieben, da der Tod inzwischen eingetreten war.

Telegramme.

Der erste Tag der Moskauer Konferenz.

Petersburg, 26. August. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf der Konferenz in Moskau erklärte Finanzminister Nekrasow, daß die Staatsausgaben seit Ausbruch der Revolution bedeutend gestiegen seien. Im Kriege hätte man 1914 monatlich ungefähr 219 Millionen Papiergeld in Umlauf gebracht, 1915 monatlich 223 Millionen, 1916 monatlich ungefähr 290 Millionen. Während der ersten zwei Monate des Jahres 1917 haben die monatlichen Ausgaben von Banknoten 423 Millionen betragen und seit März betrügen sie im Mittel 832 Millionen monatlich. Beispielsweise verlangten die Verpflegungsausschüsse jährlich eine halbe Milliarde Rubel.

Der Minister hob hervor, daß die Finanzschwierigkeiten des Staates besonders von der außerordentlichen Steigerung der Arbeiterlöhne abhingen. Allein die Arbeiter der Putilow-Werke hätten in diesem Jahre Neuforderungen von 90 Millionen Rubel aufgestellt. Ferner wären sie bedingt durch den geringen Eingang von Steuern, Gebühren und ähnlichem. Selbst sehr verstärkte direkte Steuern könnten die Staatsausgaben nicht decken, und die indirekte Besteuerung wäre unvermeidlich.

Nekrasow erwähnte dann die von ihm getroffenen Maßnahmen zur Stärkung der Finanzkraft des Landes, und erklärte, das Ministerium werde gezwungen sein, zu verschiedenen Handelsmonopolen zu greifen, namentlich zu Tee-, Streichhölzer- u. a. Monopolen. Der Minister schloß, er glaube fest, daß die Bürger ohne gewaltsame Maßregeln von selbst ihre Pflicht tun und die drei unerläßlichen Bedingungen für das Wohl des Landes, nämlich Ordnung, Opfer und Verteidigung des Vaterlandes, auf sich nehmen würden.

Der Bürgermeister von Moskau, Rodnow, begrüßte dann die Versammlung und sagte, die Bevölkerung der alten Hauptstadt habe nichts mit der anarchistischen Minderheit zu tun, die durch den Ausland versuche, diese wichtige Konferenz in Frage zu stellen. Kerenski dankte dem Bürgermeister, dessen Worte der Regierung Kraft und neuen Glauben einflößten. Am Sonntag fand keine Sitzung statt. Die einzelnen Gruppen besprachen die Regierungserklärungen. Die nächste Sitzung findet Montag statt.

Italienischer Heeresbericht vom 26. August.

Die Isonzoschlacht beginnt ihren großartigen Umfang zu zeigen. Die Operationen, die nördlich von Görz seit dem 19. August begannen, können folgendermaßen zusammengefaßt werden: Die tapferen Truppen der 2. Isonzo-Armee schlugen unter dem feindlichen Feuer 14 Brücken und überschritten den Isonzo in der Nacht zum 19. August. Sie versuchten darauf einen Angriff gegen die Hochfläche von Bainsizza, indem sie entscheidend gegen die Front Jelenik—Erh vorstießen. Darauf umgingen sie die drei feindlichen Verteidigungslinien von Semmer, Kobilek und Madonk. In Verbindung mit diesen Kampfhandlungen und in derselben Zeit griffen andere Kräfte dieselben Linien von vorn an und durchbrachen sie trotz hartnäckigem Widerstand des Feindes. Die Folge dieses kühnen Manövers war der Fall des Monte Sento. Die Truppen der zweiten Armee setzen jetzt ihren Vormarsch gegen den Ostrand der Hochfläche von Bainsizza fort und treiben den Feind zurück, der mit starker Abteilung von Maschinengewehren und leichter Artillerie sehr lebhaften Widerstand leistet. In den Kämpfen vom 19. bis 23. August zeichneten sich die 33. und 34. Brigade (Livorno), die 95. und 96. (Umbria), die 127. und 128. (Florenz), die 237. und 238. (Torino) (?), die 261. und 262. (Insel Elba), das 279. Infanterie-Regiment (Brigade Vicenza), die 1. und 5. Bersaglieribrigade (das 6., 12., 14. und 23. Regiment), die 9. und 18. Bombardierabteilung und das 2. und 4. Bataillon der Brückenbau- und Genie-Abteilung unter allen Kämpfen beteiligten Truppen durch Tapferkeit und Schneid aus.

Auf dem Karst wurde die Schlacht gestern zeitweilig unterbrochen. Durch kleine Fortschritte berichtigten und befestigten wir die von uns eroberten Stellungen. Feindliche Gegenangriffsversuche scheiterten im Feuer. Die Zahl der bis jetzt in die Sammellager eingebrachten Gefangenen beläuft sich auf ungefähr 600 Offiziere und 23 000 Soldaten. Die Zahl der eroberten Geschütze beträgt 75, darunter zwei Mörser von 30,5 Zentimeter und viele Stücke mittleren Kalibers. Wir erbeuteten außerdem eine große Anzahl von Pferden, ein unversehrtes Flugzeug, viele Bombenwerfer und Maschinengewehre und ebenso Material jeder Art, darunter mehrere Automobile zum Munitionstransport. Die außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich der Verpflegung unserer Truppen in einer wegelosen Gegend entgegenstellten, wurden teilweise überwunden mit Hilfe der großen Lebensmittelniederlagen, die der Feind bei seinem Rückzuge zurückgelassen hatte.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170827/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Kohlenbestandsaufnahme.

§ 1.

Laut Verordnung des **Reichskommissars** für die **Kohlenversorgung findet am 1. September 1917 eine** allgemeine Aufnahme **der Bestände** an Hausbrandkohle und eine **Erhebung über den Hausbrandkohlen-Verbrauch** in der Zeit vom 1. April 1915 bis zum 31. März 1916 statt.

§ 2.

Anzeigepflichtige.

Anzeigepflichtig sind:

1. die Haushaltungen sowie die Personen, die, ohne einen selbständigen Haushalt zu führen, eigene Vorräte an Kohlen, Koks oder Briketten besitzen;
2. die Behörden und Anstalten (§ 4 Absatz 2) mit **Ausschluß der militärischen Anstalten, die von** der Intendantur oder Garnisonverwaltung mit Kohlen versorgt werden;
3. die Inhaber landwirtschaftlicher Haupt- und Nebenbetriebe;
4. die Inhaber von Gewerbebetrieben, die
   a) monatlich **weniger als 10 Tonnen Kohlen** verbrauchen und deshalb **keine Meldekarte** nach der Bekanntmachung des Reichskommissars vom 17. Juni 1917 haben ausfüllen müssen oder die
   b) **ohne Rücksicht** auf die Höhe des **monatlichen Verbrauchs keine Meldekarte** nach der vorerwähnten Bekanntmachung haben ausfüllen müssen (z. B. Bäckereien, Schlächtereien, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Pensionate, Fremdenheime und Fremdenhöfe, Volksküchen und sonstige Massenspeiseanstalten, Badeanstalten, private Bureaus, Kanzleien, Sprech- und Wartezimmer, Läden nebst Arbeitsräumen, Konzertlokale, Vergnügungsstätten aller Art, Varietés und Spezialitätentheater, Kinematographentheater und dergl. sowie alle sonstigen Betriebe, die dem täglichen Bedarf der in der Gemeinde wohnenden oder vorübergehend sich aufhaltenden Personen dienen);
5. Kohlenhändler und alle sonstigen natürlichen oder juristischen Personen, die gewerbsmäßig Kohlen an Verbraucher absetzen oder die den Bezug von Kohlen für diese vermitteln (Gemeinden, Konsumvereine, Einkaufs- und Bezugsvereinigungen und dergl.), **soweit** die bei ihnen vorhandenen Bestände **nicht** zur Lieferung
   a) an **meldepflichtige** Betriebe,
   b) an Verbraucher eines **benachbarten** Versorgungsbezirkes,
   c) an **militärische** Behörden und Anstalten auf **Grund von Verträgen mit der Intendantur oder der Garnisonverwaltung** bestimmt sind.

§ 3.

Anzuzeigende Bestände.

Die Anzeigepflichtigen (§ 2) haben die Kohlenmengen anzugeben, die sich mit Beginn des **1. September 1917** in ihrem Gewahrsam befinden. **Nicht** anzugeben sind:

1. Mengen **unter insgesamt 100 Kilogramm** (= 1½ Hektoliter Kohlen, Koks, Industriebrikette oder 200 Stück Hausbrand- oder Steinkohlenbrikette oder Braunkohlenpreßsteine);
2. seitens der Anzeigepflichtigen in § 2 Ziffer 5 die Bestände, die **voraussichtlich** zur Belieferung von **meldepflichtigen Verbrauchern**, von Verbrauchern eines **benachbarten** Versorgungsbezirks oder von militärischen Behörden und Anstalten auf Grund von Verträgen mit der Intendantur oder der Garnisonverwaltung Verwendung finden;
3. Vorräte an Rohkohle.

Anzuzeigende Vorräte, die in fremden Lagerräumen (Speichern, Kellern, Schiffsräumen, Lagerplätzen und dergl.) untergebracht sind, sind **nicht** vom Lagerhalter, sondern nur vom Verfügungsberechtigten anzuzeigen, auch wenn er die **Vorräte nicht unter eigenem Verschluß** hat.

§ 4.

Anzeige-Vordrucke.

Zur Anzeige der vorhandenen Vorräte sind die **amtlichen Vordrucke zu verwenden. Es haben auszufüllen:**

1. Haushaltungen und die ihnen gleichgestellten Einzelpersonen (§ 2 Ziffer 1) **weiße Vordrucke;**
2. Behörden und Anstalten (§ 2 Ziffer 2) **gelbgraue Vordrucke;**
3. die Inhaber landwirtschaftlicher Haupt- und Nebenbetriebe (§ 2 Ziffer 3) **blaue Vordrucke;**
4. die Inhaber von Gewerbebetrieben (§ 2 Ziffer 4) **rote Vordrucke;**
5. Kohlenhändler und die ihnen gleichgestellten Anzeigepflichtigen (§ 2 Ziffer 5) **braune Vordrucke.**

Als **Anstalten** im Sinne dieser Vorschriften gelten namentlich Schulen (einschließlich der Privatschulen, Hochschulen und Universitäten), Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, Gefangen- und Irrenanstalten, Kirchen, Museen, Bibliotheken und Theater (mit Ausschluß der in § 2 Ziffer 4 unter b angeführten Theater, die Gewerbebetriebe darstellen) sowie alle sonstigen öffentlichen und gemeinnützigen Anstalten.

§ 5.

Wer sowohl als Haushaltungsvorstand als auch nach § 2 Ziffer 3, 5, 4 oder 5 anzeigepflichtig **ist, hat auf jeden Fall den weißen und, wenn die anzugebenden Kohlenvorräte getrennt aufbewahrt werden**, daneben auch einen gelbgrauen, blauen, roten oder braunen Vordruck **auszufüllen.**

§ 6.

Zustellung der Vordrucke.

Die Anzeigevordrucke werden bis spätestens zum **Donnerstag den 30. August 1917** den **Hausbesitzern** oder ihren Stellvertretern zugestellt. Diese haben sie sofort an die Anzeigepflichtigen zu **verteilen.**

Anzeigepflichtige, die am 30. August noch keinen **Vordruck erhalten haben, haben sich einen solchen beim zuständigen Mehlbezirk selbst zu holen**, gleichviel ob sie **Kohlenvorräte besitzen oder nicht.**

§ 7.

Ausfüllung der Vordrucke.

Alles Nähere über die **Ausfüllung** der Vordrucke ergibt sich aus **diesen selbst. In Zweifelsfällen geben** die Zähler Auskunft.

Die **Frage** nach dem **Kohlenverbrauch** in der Zeit **vom 1. April 1915 bis zum 31. März 1916** ist von den Anzeigepflichtigen in § 2 Ziffer 1 bis 4 **unter allen Umständen zu beantworten, gleichviel** ob anzeigepflichtige Vorräte vorhanden sind oder nicht.

§ 8.

Mengen-Angabe.

Die Angabe der Menge hat zu erfolgen:

1. bei Stein- und Braunkohlen aller Art sowie bei **Koks** und **Industriebriketten in ganzen Zentnern** oder Hektolitern;
2. **bei** Hausbrand- und Steinkohlenbriketten sowie bei **Braunkohlenpreßsteinen nach der Stückzahl.**

§ 9.

Feststellung der Vorräte und des Kohlenverbrauchs.

Die Anzeigepflichtigen haben sowohl die anzugebenden **Vorräte** als auch — mit **Ausnahme der Kohlenhändler** und der ihnen nach § 2 Ziffer 5 **Gleichgestellten** — ihren **Kohlenverbrauch** in der Zeit **vom** 1. April 1915 bis zum 31. März 1916 **gewissenhaft zu ermitteln. Sie haben dabei die Rechnungen oder** sonstigen Belege über den Empfang der einzelnen **Mengen zugrundezulegen.**

Bei der Feststellung der **Vorräte** ist der etwaige **Verbrauch** oder **sonstige Abgang von Kohlen** seit dem Tage des **Empfangs** sorgfältig abzuschätzen.

§ 10.

Wiedereinsammlung der Vordrucke.

Die Vordrucke werden von **Montag den 3. September 1917 an** bei den **Hausbesitzern** oder deren Stellvertretern wieder eingesammelt. **Diese haben dafür zu sorgen, daß die Vordrucke von diesem Tage früh an** für die **Abholer** bereit liegen.

§ 11.

Nachprüfung.

Die **Nachprüfung der Richtigkeit der erstatteten Anzeigen durch Beauftragte des Rats zu Dresden, Kohlenamt**, wird vorbehalten. Den Beauftragten ist der Zutritt unbeschränkt zu gestatten und jede verlangte Auskunft zu erteilen. **Bücher** sowie sonstige **Belege für den Kohlenbezug sind ihnen auf Erfordern** vorzulegen. Sie **werden vom Rat mit einem Ausweise** versehen. [S 5

§ 12.

Strafvorschrift.

Wer vorsätzlich die Angaben, zu denen er nach dieser Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erstattet oder unvollständige Angaben macht oder der Vorschrift in § 11 zuwider den mit Ausweis versehenen Beauftragten des Rats den Zutritt, die Auskunftserteilung oder die Einsicht der Bücher oder sonstige Belege verweigert, wird, soweit nicht in anderen Gesetzen schwerere Strafen angedroht sind, nach § [illegible] der Bundesratsverordnung vom 25. September / 4. November 1915 [illegible] mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Dresden, am 2[illegible]. August 1917.

Der Rat zu Dresden.

Druschprämien für Gerste und Hafer aus der Ernte 1917.

Gemäß der Verordnung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts vom 11. August 1917 — R.-G.-Bl. S. 700 — wird für die Bezirke der unterzeichneten Kommunalverbände folgendes bestimmt:

Die in § 5 Absatz 4 unter d der Bekanntmachung vom 8. August 1917 über Gerste, Hafer, Erbsen, Bohnen, Linsen, Wicken, Buchweizen, Hirse **aus der Ernte 1917** festgesetzte Druschprämie von 60 M. für jede vor dem 16. August 1917 abgelieferte Tonne Gerste und Hafer bleibt bis auf weiteres bestehen, auch soweit die Ablieferung nach dem 16. August 1917 erfolgt.

Dresden, am 24. August 1917. [S 58

Der Rat zu Dresden.

Die Königliche Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.

Die Königliche Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt.

Die Königliche Amtshauptmannschaft Pirna.

Brotgetreideernte 1917.

Für das Gebiet des Kommunalverbandes Dresden und Umgebung wird folgendes bestimmt:

Die in § 6 Absatz 2 der Bekanntmachung vom 3. August 1917 über die Brotgetreideernte 1917 auf zunächst 3 M. für die Tonne festgesetzte Kommissionärgebühr wird hiermit endgültig auf 5 M. für die Tonne festgesetzt. Sie ist in dieser Höhe von den Mühlen auch für die bereits getätigten Abschlüsse zu entrichten.

Dresden, den 23. August 1917. [S 56

Der Kommunalverband Mittelsachsen für den Kommunalverband Dresden und Umgebung.

Wer die größte künstliche Brutanlage Deutschlands sehen will, muß die Kleintierzucht „Reidl's Hof" in [S 114

Niederwartha besuchen!

Brutanlagen für 40000 Eier

Idyllische, herrliche Lage.
Täglich geöffnet.
Eintritt 20 ₰, Kinder u. Militär 10 ₰
Straßenbahn 21.
Bahn- und Dampfschiff-Station.
Dienstag:
Konzert der Bergkapelle.

Porschappel.

Auf Abschnitt 12 der roten Lebensmittelkarten kann in den Geschäften von Hehner, Roßberg u. Sohn und Fischer, Ortsteil Niederpesterwitz, je **ein neuer Fetthering** zum Preise von 70 Pf. entnommen werden. [W 208

Potschappel, den 27. August 1917.

Der Gemeindevorstand.

Gewerkschaftskartell Dresden.

Freitag den 31. August 1917, abends 8½ Uhr im Volkshause, Ritzenbergstraße 2, Saal

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Die Ursachen des beabsichtigten Austritts der Zahlstelle Plauenscher Grund des Fabrikarbeiter-Verbandes aus dem Kartell und Zuschrift von Mitgliedern der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei vom 18. August.**
2. **Der Antrag des Deutschen Verkehrsarbeiter-Verbandes, Sitz Nürnberg, Aufnahme in das Kartell betreffend.**
3. **Vereinsangelegenheiten.** [S 461

Vollzähliges Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Jegliche Art Abänderung
oder Reparatur
an Herren-Garderobe
wird **sauber, preiswert** und **schnellmöglichst** ausgeführt in der [S 562
Kleiderschwemme
Dresden-A., Trompeterstr. 7.
Jetzt beste Zeit, seine Garderobe vorrichten zu lassen.

Schlachtkaninchen
Mindestgewicht 4 Pfd., **kauft** lebend jederzeit und in jeder Menge
[S 624] **Rudolf Reidl**
Inhaber der Kleintierzucht „Reidl's Hof", **Dresden-A. 28, Hermsdorfer Straße 13.** Fernruf 13591 u. 18008.

Winterhüte
zum Umpressen
auf neueste Formen nimmt
schon jetzt entgegen
H. Hensel
Zinzendorfstraße 51.

Schuhmacher
(auch Kriegsbeschädigte) sofort ges.
Schuhfabrik Robert Mierth
Katharinenstraße 7. [L2404

Kinderw. od. Klappw., Netzbett, Bettst. m. Mtr., Sofa [illegible] bet [illegible] an **Leibold, Grunaerstr. 19.**

Kinderwagen od. Klappwagen z. kauf. ges. **Oppellstr. 19.** [illegible] [W 107

Souterrainwohnung
2 Stuben, 1 Kammer, am Preise von 240 M. zum 1. Oktober an einzelne Leute zu vermieten (auch [illegible] [illegible] übernommen werden). **Blasewitz,** [illegible]

In Freien Stunden
Für
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 15 Pf.
Volksbuchhandlung

SARRASANI
Der **SPANNENDSTE** aller Spielpläne!
Allabendlich 8 Uhr:
TODESKREISEL
DER WEISSE RITTER
DIE DAME OHNE NERVEN
usw.
Eröffnung der **Winterspielzeit** und des **Sarrasani-Trocadero** demnächst. [S 59

Maurer
sucht sofort
[S 280] **Dyckerhoff & Widmann, A.-G., Lössnitzstr. 5.**

Scheuerfrauen
zum Reinigen der Fabrikräume für den ganzen Tag gesucht. [S 118
Georg A. Jasmatzi, A.-G., Schandauer Str. 68

[S 7
Wir suchen tüchtigen
Figurenmaler
für plastische Figuren und Miniaturen zu sofortigem Eintritt. Offerten wollen möglichst persönlich während der Leipziger Messe überreicht werden
Rosenthal-Ausstellung, Dresdner Bank
Augustusplatz, Leipzig.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170827/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten.

Erbitternder Unfug beim Obstaufkauf.

In einem Teil des Bezirks Kamenz herrscht in der Bevölkerung große Erbitterung über das Verfahren einer Marmeladenfabrik beim Aufkauf von Obst. Um recht viel Obst zu erlangen, sichert die Marmeladenfabrik in Ohorn bei Pulsnitz jedem Obstverkäufer für jeden Zentner Obst zehn Pfund Zucker zu. Tatsächlich ist dieses Versprechen in den letzten Wochen auch erfüllt worden. Alle Obsterzeuger, in jener Gegend, zumeist Bauern, haben also seither für einen Zentner Obst 10 Pfund Zucker erhalten und wer 10 Zentner abliefern konnte, erhielt einen Zentner Zucker. Die Aepfel und Birnen werden zum Höchstpreis abgenommen, andrerseits wird auch der Zucker den Obstverkäufern zu dem üblichen Preise abgegeben.

Auf diese Weise kommen die Obstbauern zu großen Zuckervorräten, während der übrige Teil der Bevölkerung nicht nur leer ausgeht, sondern auch durch die nicht unbegründet erscheinende Meinung verbittert werden muß, daß diese Zuckerspenden auf Kosten der übrigens sehr knappen allgemeinen Zuckerrationen erfolgen. Jedenfalls ist es richtig, daß der an die Obstbauern unter den geschilderten Umständen veräußerte Zucker wesentlich zur Aufbesserung des monatlichen Zuckerquantums dienen könnte, wenn er mit zur allgemeinen Verteilung zur Verfügung gestellt werden würde. Das in den erwähnten Bezirk geübte Verfahren, führt dazu, daß ein Teil der Bevölkerung große Zuckervorräte einheimsen kann, während der andere schweren Mangel leidet, ja, vielleicht gerade infolge des Ueberflusses auf der anderen Seite noch schwerer als es sonst der Fall wäre. Außerdem ist es den auf so knappe Zuckerrationen gesetzten Leuten in der Gegend unmöglich, etwas Obst zu erlangen, weil die auf den Zucker erpichten Obstbauern alles was die Bäume nur hergeben, in die Marmeladenfabrik bringen. Dadurch wird begreiflicherweise eine große Erbitterung in der Gegend hervorgerufen, die noch zunehmen muß, wenn der geschilderte Unfug fortgesetzt wird.

Uns erscheint es übrigens auch sehr fraglich, ob der geschilderte Aufkauf sonst zulässig und mit der Verfügung über die Pflicht zur Ablieferung an die Obstsammelstellen im Einklang zu bringen ist. Jedenfalls aber besteht für die Landesobststelle alle Veranlassung, in dem Kamenzer Bezirk einmal nach dem Rechten zu sehen und zu prüfen, ob der unter den geschilderten Umständen vollzogene Obstankauf der Ohorner Marmeladenfabrik an sich zulässig ist und wie man dort zu solchen Zuckervorräten kommt. Hier kann nicht alles in Ordnung sein. Es erscheint unbedingt nötig, hier solche zu schaffen und den Grund zur Mißstimmung in den Bevölkerungskreisen zu beseitigen.

Nichterfüllung von Lieferungsverträgen strafbar!

Die Lieferungsverträge, die die Gemeinden über Obst und Gemüse mit Landwirten abgeschlossen haben, sind in zahllosen Fällen von den Erzeugern nicht eingehalten worden, wenn Schleichhändler ihnen höhere Preise für ihre Erzeugnisse boten. Auf diese Weise wurden die Lieferungsverträge unwirksam gemacht und die dadurch angeblich sichergestellte Versorgung der Großstädte gefährdet. Angesichts dieser Erfahrungen hat der Reichskanzler jetzt eine Verordnung erlassen, durch welche die vorsätzliche oder fahrlässige Nichterfüllung der Lieferungsverträge über Obst und Gemüse unter die Strafbestimmung des § 329 R.-Str.-G.-B. für die Nichterfüllung von Lieferungsversprechungen gegenüber dem Heere gestellt wird. Vielleicht werden jetzt die Lieferungsverträge eine brauchbarere Handhabe für die Versorgung der Großstädte werden.

Die konsequenten „Unabhängigen".

Der Verlag der Leipziger Volkszeitung beschenkt zum Jahreswechsel ihre Inserenten mit einem zielbewußten Abreißkalender, dessen einzelne Blätter auf der Rückseite Zitate und Sinnsprüche tragen. Das Abreißblatt vom 12. August 1917 enthält ein Bebelsches Zitat folgenden Wortlautes:

Es mag der Sozialdemokratie sehr hart ankommen, eventuell in einem Kampfe für die Integrität des deutschen Bodens gewissermaßen das famose heimische Regierungssystem und ihre Todfeinde mit verteidigen zu müssen; aber diese wird sie nicht durch fremde Eroberer los, sondern allein durch eigene Hilfe, durch Uebertreibung des Systems, das herrscht und schließlich die Massen gegen sich empört ... **wir verteidigen in einem Verteidigungskriege nicht unsere Feinde und deren Institutionen, wir verteidigen uns selbst und das Land, dessen Institutionen wir in unserem Sinne umgestalten wollen, das allein den Boden für unsere Tätigkeit bildet.**

Das bietet der Verlag des „unabhängigen" Blattes seinen Interessenten, die ihm das Geld bringen. Und wie wühlt die Redaktion des Blattes gegen die deutsche Sozialdemokratie, die die Bebelsche Lehre in der Praxis befolgt?

Bier als Gegenstand des täglichen Bedarfs.

Wer Malz, das das veredelte Zwischenprodukt von Gerste und Bier ist, verkauft, um einen außerordentlich hohen Gewinn zu erzielen, verstößt gegen die Bundesratsverordnung, die die Forderung unangemessener hoher Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs unter Strafe stellt, da das Endprodukt Bier als ein solcher Gegenstand anzusehen ist. Auf diesen Standpunkt hat sich das Reichsgericht gestellt, indem es ausführt:

Es hieße das Gesetz in das Gegenteil verkehren, wollte man derartige veredelte Rohstoffe, die zur Herstellung von Gegenständen des täglichen Bedarfs verwendet werden, ausnehmen, da dann eine Preistreiberei in ihnen eine übermäßige Verteuerung der daraus gewonnenen Gegenstände herbeiführen müßte. Deshalb ist es belanglos, daß Malz für sich allein nicht genossen oder verfüttert zu werden pflegt. Zum Schutze der Verbraucher gegen eine übermäßige Verteuerung der Ernährung und Lebenshaltung weiter Bevölkerungskreise ist jenes Gesetz erlassen worden. Daß Gegenstände im allgemeinen für jedermann unentbehrlich sein mußten, um zu denen des täglichen Bedarfs gerechnet werden zu können, wird nicht erfordert, ebensowenig, daß sie täglich unentbehrlich oder nützlich seien. Es genügt, wenn in weiten Kreisen der Bevölkerung eine mehr oder weniger ständige Nachfrage danach besteht, weil sie als zur Lebenserhaltung erforderlich von der Allgemeinheit betrachtet werden, was bei Bier meist der Fall ist. Auf die Bestimmung eines Gegenstandes kommt es nicht an, entscheidend ist nur, ob der Gegenstand geeignet ist, dem täglichen Bedarf zu dienen.

Zur kleinen Viehzählung.

Für die kleinen Viehzählungen gilt nach einer Verfügung des Ministeriums des Innern für Sachsen neben der allgemeinen Verordnung noch folgende Vorschrift:

Vom 1. September 1917 an erstreckt sich die kleine Viehzählung auf Pferde, Maultiere und Maulesel, Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen und Federvieh (Gänse, Enten und Hühner). Für die Aufnahme der Viehbestände sind in den Amtshauptmannschaften einschließlich der Städte mit Revidierter Städteordnung Ortslisten und in den bezirksfreien Städten Zählkarten zu verwenden. Die Angaben der Zählkarten sind in den bezirksfreien Städten auf Ortslisten zu übertragen.

Die Gefahren der Wahrsagerei.

Durch die Nachrichtenstelle des Ministeriums geht uns folgende Zuschrift zu: Wahrsagerinnen und Kartenlegerinnen haben noch immer Zulauf. Gewiß verhängen schwere Wolken den Blick und wir wissen nicht, ob sie uns Segen oder Unheil bringen. Aber nur Torheit kann hoffen, in Karten, Kaffeesatz, Handlinien und dergleichen der Wolken Lauf lesen zu können. Dennoch wird die weise Frau aufgesucht und willig bezahlt für die dunkle Prophezeiung eines bevorstehenden Glücks oder Unglücks. Die Ausbeutung des Opfers ist das eine Uebel, das aus dem Wahrsagen erwächst, aber nicht das einzige. Das Orakel weckt falsche Furcht oder Hoffnung und lähmt das überlegte, zielbewußte Handeln. Es stürzt nicht selten in Unruhe und kann zur öffentlichen Gefahr werden. So war jüngst in einem kriegswichtigen Betriebe eine große Beunruhigung unter den Arbeiterinnen entstanden, weil eine Wahrsagerin für einen bestimmten Tag einen Unglücksfall vorausgesagt hatte. Das Gerede hatte für Verbreitung des Orakelspruches gesorgt und hätte durch die erzeugte Unruhe die Ursache eines Unglücks in dem nicht ungefährlichen Betrieb werden können. Jeder, der es mit sich und seinen Mitmenschen gut meint, sollte daher den Kampf gegen das Wahrsagen unterstützen, nicht nur durch Warnung und Aufklärung, sondern durch Anzeige, so daß die Behörden gegen die Betrügerin einschreiten können.

Wenn seither besser, besonders auch durch die Schulen, für Volksaufklärung gesorgt worden wäre, hätte der Wahrsagenunfug nicht in dieser Weise aufkommen können.

Leipzig. Zu der am 26. August beginnenden Leipziger Herbst-Mustermesse sind nach den vorläufigen Ermittelungen mehr als 2600 Ausstellerfirmen und rund 18 000 Einkäuferfirmen angemeldet. Die Gesamtzahl der am Geschäftsverkehr beteiligten auswärtigen Besucher wird, wie aus den Fahrtbescheinigungen hervorgeht, 40 000 überschreiten. Damit ist eine Besucherzahl erreicht, wie sie nie zuvor auf einer Mustermesse in Friedens- oder Kriegszeiten festzustellen war.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Von einem gewaltigen Großfeuer wurde der Ortsteil Hirschstein von Marienberg heimgesucht. In den großen Vorratsgebäuden der Flachsbereitungsanstalt von C. Müller entstand auf noch unaufgeklärte Weise ein Brand, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff und bald auf das große Fabrikgebäude selbst überging. Beide Grundstücke wurden bis auf die Grundmauern eingeäschert. Leider blieb das Feuer auf diese Gebäude noch nicht beschränkt. Durch die große Glut gerieten auch die benachbarten Wohnhäuser der Wirtschaftsbesitzer Eger und Richter in Brand und wurden vollständig zerstört. Der Schaden ist sehr groß, da auch die Maschinen im Fabrikgebäude vollständig unbrauchbar geworden sind. Die vernichteten Flachsvorräte sind auf etwa 20 000 Zentner zu schätzen. Der Gesamtschaden wird mit etwa 300 000 M. berechnet, der nur zum Teil durch Versicherung gedeckt ist. — **Tödlich überfahren** worden ist in der Breitenstraße in Leipzig durch einen Motorwagen der Straßenbahn eine Witfrau. Nach Aussagen von Zeugen soll die sehr schwerhörige Frau ihren Tod selbst verschuldet haben. — Aus dem Fenster ihrer Wohnung im ersten Stock gestürzt ist am 25. August eine 83 Jahre alte Privatiere in Leipzig. Aus verschiedenen Umständen schließt man, daß die Greisin ihren Hund hat auf die Straße lassen wollen, aber im schlaftrunkenem Zustande anstatt nach der Tür auf das offenstehende Fenster zu gelaufen ist. Der Tod ist sofort eingetreten.

Stadt-Chronik.

Sozialisierung des Sparkassenkapitals.

In der modernen kapitalistischen Gesellschaft hat das Kapital nicht nur die Aufgabe, die Mittel herzugeben für die Arbeitsbetriebe und Wirtschaftsgemeinschaften, sondern es dient auch dem Zwecke, seinem Besitzer möglichst hohe Gewinne in den Schoß zu werfen. Diese Doppelnatur des Kapitals darf man bei dem Kampfe gegen den Kapitalismus niemals aus dem Auge verlieren: man soll sich bemühen, dem Kapital seinen ausbeuterischen Charakter zu nehmen, aber als Produktionsmittel und Rückgrat unseres Wirtschaftslebens soll man es hegen und pflegen. Das Kapital muß eben sozialisiert, das heißt dem Interesse der Gesamtheit dienstbar gemacht werden. Es darf nicht mehr dazu verwendet werden, einzelne Volksschichten zu bereichern und die große Masse auszubeuten, sondern es soll unser Wirtschaftsleben zum Vorteile der Gesamtheit befruchten.

Der Gedanke einer Sozialisierung des Kapitals gewinnt immer mehr an Boden. Neuerdings wird auch der Standpunkt vertreten, daß die in den Sparkassen zusammenfließenden Gelder nicht mehr zu privatkapitalistischen Zwecken verwendet werden, sondern daß sie in den Dienst des Volkswohls gestellt werden sollen. Wie der Bürgermeister Dr. Busse in Bunzlau in einem Artikel schreibt, leihen die Sparkassen heute ihre Hypotheken in der Hauptsache nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus. Ihr Ideal ist das Zins- und Miethaus. Geprüft wird bei Begebung der Hypothek lediglich die reale Sicherheit, kaum noch die Person des die Hypothek Nachsuchenden, ganz und gar nicht oder wohl nur in den seltensten Fällen jedoch, ob die Zwecke, für die das Sparkassengeld gegeben werden soll, den Zwecken der Sparkasse als gemeinnütziger Anstalt entsprechen. Leider werden durch schablonenhaftes und gedankenloses Hergeben von Sparkassengeld häufig Bestrebungen unterstützt, die geradezu als volksfeindlich und vaterlandsfeindlich bezeichnet werden müssen und mit den Aufgaben der Sparkassen unvereinbar sind. Durch die Zeitungen gehen ab und zu Notschreie kinderreicher Familienhäupter, die auf der Wohnungssuche von Hausbesitzer zu Hausbesitzer ziehen und überall abgewiesen werden, wenn sie ihre Kinderzahl bekennen müssen. Die Namen solcher Hauseigentümer verdienen, an den Pranger gestellt zu werden; es sind Schädlinge der menschlichen Gesellschaft, die

---

Der Gefangene im Kaukasus.

Erzählung von Leo N. Tolstoi.

Der rote Tatar mochte Shilin nicht leiden. Wenn er ihn sah, runzelte er die Stirn und wendete sich ab, schimpfte ihn sogar. Unter den Tataren befand sich auch ein ganz alter Mann. Er lebte nicht im Dorf, kam aber öfters herauf. Shilin sah ihn nur, wenn derselbe, um zu beten, die Moschee besuchte. Er war klein, hatte um seine Kappe ein weißes Handtuch geknüpft; Bärtchen und Schnurrbart, die weiß wie Daunen waren, trug er beschnitten, das Gesicht sah rot aus wie Kieselstein; mit seiner Habichtsnase, den stechenden, grauen Augen, dem zahnlosen Mund, aus dem zwei Hauer ragten, sah er heimtückisch, böse aus; auf seine Krücke gestützt, blickt er um sich wie ein Wolf. Sieht er Shilin, so prustet er und wendet sich ab.

Einst stieg Shilin den Berg hinab, um nachzusehen, wo der Alte lebt. Er gelangte auf einen Steig und sieht einen Garten mit einer steinernen Mauer; im Garten stehen Kirschbäume und ein Häuschen mit einem flachen Dach. Wie er näher tritt, sieht er aus Stroh geflochtene Bienenstöcke — summend fliegen die Bienen. Der Alte steht auf den Knien und ist um einen Bienenstock beschäftigt. Um genauer zu sehen, hebt Shilin ein wenig den Kopf, wobei er mit seinem Fußklotz Geräusch macht. Der Alte wendet sich, greift hastig aus dem Gürtel die Pistole und knallt auf Shilin los, der kaum Zeit findet, hinter der Mauer sich zu ducken.

Der Alte führte Klage bei Abdul. Abdul ruft Shilin, lacht und fragt:

„Weshalb gingst du zum Alten?"

„Ich hatte nichts Böses im Sinn; wollte nur sehen, wie er lebt."

Ueber diese Antwort ärgerte sich der Alte, er zischt, brummt, steckt seine Hauer heraus und droht Shilin mit den Händen.

Zwar begriff Shilin nicht alles, aber es ward ihm klar, daß der Alte geboten habe, die Russen zu töten.

Shilin forschte bei Abdul:

„Was ist das für ein alter Mann?"

Sogleich erzählte Abdul:

„Ein gewichtiger Mann! Was für ein Mann! Viele Russen hat er getötet. Und reich war er. Er besaß drei Frauen und acht Söhne. Alle wohnten zusammen. Da kamen Russen, zerstörten den Aul und töteten ihm sieben Söhne. Ein Sohn ergab sich den Russen. Der Alte ging zu den Russen und übergab sich selbst. Drei Monate lebte er bei ihnen fand seinen Sohn, tötete ihn und flüchtete. Seit dieser Zeit zog er nicht mehr in den Krieg, er pilgerte nach Mekka und betete. Darum hat er einen Turban. Wer in Mekka war, heißt Hadschi und trägt einen Turban. Er liebt nicht deine Brüder; dich zu töten, hat er befohlen; ich aber kann dich nicht töten — ich habe für dich Geld bezahlt; auch habe ich dich lieb gewonnen, Iwan; ich würde dich gar nicht von hier lassen, wenn ich nicht mein Wort gegeben hätte." Er lacht und radebrecht russisch: „Du, Iwan, gut; Abdul gut."

4.

Wieder war ein Monat vergangen. Am Tage geht Shilin im Dorfe umher oder seine geschickten Hände verrichten allerlei Hantierungen. Wie aber die Nacht kommt und es im Aul ruhig wird, gräbt er bei sich im Verschlage. Durch die Steine zu dringen, hielt schwer; emsig arbeitete er mit der Feile und grub unterhalb der Wand ein Loch, grade groß genug zum Durchkriechen. Daß ich nur ordentlich Umschau halte, denkt er, um die Richtung nicht zu verfehlen.

Da benutzte er eine Zeit, als Abdul fortgefahren war; nach dem Mittagessen begab er sich hinter den Aul auf den Berg, um auszuspähen. Abdul hatte jedoch, ehe er sich auf den Weg machte, dem Nogaier befohlen, die Gefangenen nicht aus den Augen zu lassen. Der Bursche läuft Shilin nach und ruft:

„Gehe nicht! Der Herr hat's nicht erlaubt. Gleich rufe ich das Volk."

Shilin wußte ihn zu bereden.

„Ich gehe ja nicht weit," sagt er, „nur auf jenen Berg. Komm mit mir. Im Block laufe ich dir nicht fort. Morgen will ich dir eine Armbrust und Pfeile machen."

Der Bursche begleitete ihn auf den Berg. Mit dem Block an den Beinen zu gehen, ist für Shilin sehr schwer; mühsam schleppt er sich. Oben angekommen, setzt er sich hin und schaut sich nach allen Seiten um. Gegen Süden senkt sich der Boden, dort weidet eine Pferdeherde und im Tal liegt ein Aul. Ein anderer Berg strebt steil auf; hinter demselben, ihn überragend, schaut noch ein Berg. Wald dunkelt in den Schluchten. Berge und Berge — höher und höher erheben sie sich — und der Schnee oben glitzt wie Zucker. Und höher als alle die weißen Berge steht eine Kuppe mächtig da. Eben solche Berge — im Osten, im Westen. Nebel wallt in den Schluchten, in denen vereinzelt Aule liegen. Das alles ist Tatarengebiet. Shilin blickt nach der russischen Seite: unter ihm, weitab, ein Flüßchen, ein Dorf, Gärten ringsum; am Flüßchen, gleich kleinen Puppen, sitzen Weiber und spülen. Dahinter steht ein niedriger Berg, den zwei mit Wald bestandene Berge treppenartig überragen; zwischen den Bergen zieht sich ein matter Schimmer wie ferner Rauch. Shilin erinnerte sich, wo die Sonne, als er in der Festung lebte, aufging, wo sie unterging. Dort im Tal, sinnt er, muß unsere Festung sein — dorthin, zwischen diese beiden Berge, muß er fliehen.

Die Sonne neigte sich zum Untergang; rötlicher Schimmer umwob die weißen Berge; und nun wurde es dunkel und schwarze Schatten senkten sich; Nebel stieg aus den Schluchten; im Tal, wo die ersehnte Festung liegt, glüht es wie Feuer. Shilin lugt scharf aus — und da ruft es in ihm: der Rauch im Tal ist von der russischen Festung.

Es wurde schon spät. Vom Minarett rief der Mulla. Man treibt die Herde zusammen, die Kühe brüllen. Der Bursche fordert ihn auf, zurückzugehen. Shilin aber kann sich nur schwer trennen.

Sie gingen heim. Jetzt kenne ich die Richtung, denkt Shilin; die Stunde der Flucht ist gekommen. Er wollte schon in dieser Nacht fliehen. Der Mond war im Abnehmen, das Dunkel mußte seine Flucht begünstigen. Zum Unglück für ihn kehrten die Tataren bereits am Abend zurück. Sie kamen nicht wie sonst, wo sie Vieh vor sich hertrieben und lustig einritten. Diesmal hatten sie nichts erbeutet; statt der Beute hatten sie auf dem Sattel einen Toten, den Bruder des Roten. Sie waren böse angekommen. Alle versammelten sich zur Beerdigung. Auch Shilin trat aus seinem Ver-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170827/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

in ihrer Gemeingefährlichkeit ebenso zu bekämpfen sind wie die Hamsterer und Wucherer. Für solche kinder- und volksfeindlichen Bestrebungen darf eine Sparkasse, wenn sie eine gemeinnützige Anstalt bleiben will, ihr Hypothekengeld nicht hergeben, und muß es zurückziehen, wenn es schon geschehen ist. Aber noch weiter müssen die Sparkassen gehen. In Zeiten allgemeinen Wohnungsmangels oder einer Wohnungsnot, wie sie nach dem Kriege von vielen Seiten befürchtet wird und wohl mit Sicherheit zu erwarten ist, werden „geschäftsgewandte" Hausbesitzer die „Konjunktur" ausnutzen und die Mieten zu steigern suchen. Hier muß die Sparkasse zur Prüfungsstelle für alle Mieterhöhungen werden und wo eine Mietpreiserhöhung unberechtigt und als wucherische Ausbeutung einer Not erscheint, muß sie automatisch den Hypothekenzinsfuß erhöhen oder die Hypothek kündigen. Andererseits könnte sie vielleicht gewissermaßen als Prämie für Hausbesitzer den Zinsfuß herunterziehen, wenn ein Miethaus eine bestimmte Durchschnittszahl von Kindern auf die einzelne Wohnung beherbergt. Förderung des Kleinhausbaues, Unterstützung kleinsiedlerischer Genossenschaften müssen sich die Sparkassen besonders angelegen sein lassen. Hier muß der Hauptstrom des Hypothekenkapitals der Sparkassen hinfließen. Hier müssen bei der Beleihung Erleichterungen jeder Art gewährt werden, hier muß bis zur höchsten Grenze der Beleihungsfähigkeit gegangen werden. Der bevölkerungspolitische Gesichtspunkt muß bei Ausleihung von Sparkassengelde fortan der herrschende werden. Die Frage muß entscheiden: Wird mit gemeinnützigem Geld ein gemeinnütziger Zweck verfolgt, wird mitgeholfen, unser Volk zu vermehren, es gesund und glücklich zu machen, oder dient das Sparkassengeld eigennützigen Interessen. Mag das Privatkapital so gewissenlos sein, sich dazu herzugeben, Sparkassenkapital niemals.

Eine Sozialisierung des Sparkassenkapitals in diesem Sinne ist durchaus erstrebenswert. Die Leiter der Sparkassen müssen sich für verpflichtet halten, bei der Verleihung der ihnen anvertrauten Gelder soziale Gesichtspunkte walten zu lassen. Da es in dieser Beziehung aber noch sehr hapert, greifen schon heute die Vertreter einer antikapitalistischen Weltanschauung zur Selbsthilfe, indem sie ihr Geld dort anlegen, wo es sozialen Zwecken dient. Hier kommen in erster Linie die modernen Konsumgenossenschaften in Betracht, die die bei ihnen angelegten Gelder nicht zu selbstsüchtigen, ausbeuterischen Zwecken, sondern zum Nutzen der Mitglieder verwenden. Die Konsumvereine gebrauchen Betriebskapital, wenn sie ihre weitreichenden Pläne verwirklichen wollen. Darum ist es Pflicht eines jeden wahren Sozialisten, der nicht nur sozialistische Reden führt, sondern auch sozialistisch handelt, daß er sein überschüssiges Geld seiner Genossenschaft zuführt. Das gleiche gilt auch von solchen Vereinen, die im Sinne des Sozialismus wirken wollen. Gelder, die zur Bekämpfung des Kapitalismus dienen sollen, dürfen selbstverständlich nicht in kapitalistischen Unternehmungen angelegt werden.

Die Dresdner Kartoffelnot.

Das Lebensmittelamt läßt durch die Zeitungen folgende Nachricht verbreiten: Fünf Pfund Kartoffeln zum Preise von 13 Pf. je Pfund werden für die Woche vom 28. August bis 3. September auf die angemeldeten Kartoffel- und Kartoffelzusatzkarten geliefert.

Man kann also für diese Woche auf fünf Pfund Kartoffeln hoffen. Wenn diese Versprechung aber wieder so schlecht gehalten wird wie in der vergangenen Woche, dann wird's schließlich mit der Kartoffellieferung wie vor längerer Zeit mit der Butterlieferung, die auch immer später zur Verteilung kam, bis man schließlich froh war, wenn in drei Wochen mal ein Achtel verteilt wurde.

Für die vergangene Woche sollte es ebenfalls fünf Pfund Kartoffeln geben. Aber erst am Freitag konnte man in nicht allzu viel Geschäften Kartoffeln bekommen. Am Sonnabend wurde ein anderer Teil der Geschäfte beliefert, und wieder ein anderer Teil konnte auch am Schluß der Woche noch nicht voll beliefert werden. Von verschiedenen Verkaufsstellen des Konsumvereins ist uns bekannt, daß erst in der letzten Verkaufsstunde am Sonnabend Kartoffeln eintrafen, andere erhielten die Kartoffeln auch am Sonnabend noch nicht voll. Was das für die Geschäfte und das Verkaufspersonal bedeutet, kann man sich recht gut klar machen, wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung nicht den geringsten Ersatz für die verspäteten Kartoffellieferungen erhielt und sich deshalb die Sohlen ablief und immer wieder in den Geschäften nach den ausgebliebenen Kartoffeln fragte. Das Verkaufspersonal muß fortdauernd beschwichtigend auf den baldigen Eingang der Lieferung verweisen, und schließlich bleibt diese auch noch am letzten Termin, dem Sonnabend, aus, oder kommt erst in den letzten Stunden. Man bedenke dabei an den zuständigen Stellen, daß die Konsumvereinsverkaufsstellen 800, 1000 und mehr Kunden haben, die sich alle aus den Schichten zusammensetzen, die die zugeteilten Lebensmittel und besonders die Kartoffeln am allernotwendigsten benötigen, und man wird einsehen, daß solche Zustände unbedingt geändert werden müssen. Wenn die Kartoffeln so schlecht eingehen, dann versorge man wenigstens die arme Bevölkerung zuerst.

Lebensmittelversorgung in Dresden.

½ Pfund Bohnenkonserven mit Gräupchen auf Ausweis 69. Preis: 1,56 M. für das Pfund. Anmeldung am Montag und Dienstag.

1 Pfund Erbsenmehl für Jugendliche. Anmeldung am Montag oder Dienstag. Preis: 54 Pf. für das Pfund.

½ Pfund Suppen für Selbstkocher. Es gibt Teigwaren-, Erbsen-, Röst-, Kartoffel-, Gerstengraupen- und Hülsenfruchtsuppe. Anmeldung am Montag oder Dienstag. Preis: 68 Pf. für ein Pfund.

Beschlagnahme von Wäsche.

Nach einer sofort in Kraft tretenden Verordnung der Reichsbekleidungsstelle ist Bett-, Haus- und Tischwäsche in Gewerbe- und gemeinnützigen Betrieben, die zur Beherbergung oder Beförderung von Personen oder dem Verkauf von Lebens- bzw. Genußmitteln zum Verzehr an Ort und Stelle dienen, beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erstreckt sich auf alle Bett-, Haus- und Tischwäsche (gebraucht und ungebraucht), die sich in Gasthäusern, Fremdenheimen, nichtöffentlichen Krankenanstalten einschließlich Genesungs- und Erholungsheimen, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Personenschiffahrts-, Schlafwagenbetrieben und in Verleihgeschäften befindet. Der bestimmungsgemäße Gebrauch der von der Beschlagnahme erfaßten Gegenstände im eigenen Betriebe und das gewerbsmäßige Vermieten durch schon bestehende Wäscheverleihgeschäfte wird von der Beschlagnahme nicht berührt. Die Besitzer sind verpflichtet, die beschlagnahmten Gegenstände aufzubewahren und sie ordnungsgemäß zu behandeln. Veränderungen, besonders örtlicher Natur, dürfen an der beschlagnahmten Wäsche nicht vorgenommen werden. Die Veräußerung und der Erwerb der beschlagnahmten Wäschestücke sind verboten.

Gleichzeitig veröffentlicht die Reichsbekleidungsstelle eine Bekanntmachung, nach der Tische, deren rohe Holzplatten von vornherein nur mit einem Ueberzuge aus Web-, Wirk- oder Strickwaren oder Filz als Unterlage für das Tischtuch bestimmt waren und die auch vor dem 25. August mit einem solchen Ueberzuge dauernd benutzt worden sind, auch fernerhin mit einem Tischtuch bedeckt werden dürfen. Ausgenommen sind polierte, lackierte oder gestrichene Tischplatten. Die Tischtücher dürfen jedoch jedesmal nur nach einer Benutzungszeit von zwei Tagen ausgewechselt werden. Das Bedecken des Tischtuches oder einzelner seiner Teile mit weiteren Tüchern ist verboten.

Neue Kohlenbestandsaufnahme. Am 1. September findet in Dresden laut Anordnung des Reichskohlenkommissars abermals eine Kohlenbestandsaufnahme statt. Sie erstreckt sich nicht allein auf die Haushaltungen, sondern auf alle Hausbrandversorgungsberechtigten, das sind: die Haushaltungen, die Behörden und Anstalten, die gesamte Landwirtschaft einschließlich der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe (Molkereien, Ziegeleien, Brennereien usw.), endlich alle Gewerbebetriebe, die monatlich weniger als zehn Tonnen Kohle verbrauchen oder die, ohne Rücksicht auf die Höhe des Verbrauchs, keine Meldekarten nach der Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars vom 17. Juni 1917 haben ausfüllen müssen, z. B. Bäckereien, Schlächtereien, Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Pensionate, Fremdenheime und Fremdenhöfe, Volksküchen und sonstige Massenspeiseanstalten, Badeanstalten, private Bureaus, Kanzleien, Sprech- und Wartezimmer, Läden nebst Arbeitsräumen, Konzertlokale sowie Vergnügungsstätten aller Art usw.

Mit der Bestandsaufnahme wird gleichzeitig eine Ermittlung des Verbrauchs an Hausbrandkohle in der Zeit vom 1. April 1915 bis zum 31. März 1916 verbunden, die ihrerseits wiederum vom Reichskommissar zur Feststellung des Hausbrandbedarfs der Stadt Dresden in den Monaten September 1917 bis einschl. März 1918 Verwendung finden soll. Vom Ergebnis der Aufnahme hängt ganz wesentlich die Versorgung unserer Stadt mit Hausbrandkohle ab. Alle erheblichen Unter- wie Ueberschätzungen der Bestände sowohl als des Verbrauchs können das Gesamtergebnis ungünstig beeinflussen.

Polizeistatistik im Kriege. Im Monat Juli betrug die Zahl der angezeigten Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen 2361, die Zahl der erstatteten Anzeigen 3837, während sich die Zahl der zu Polizei- und anderen Akten gegebenen Gutachten und Auslassungen auf 3917 belief. — Von den angezeigten Verbrechen, Vergehen usw. betrafen u. a.: 25 Vergehen gegen die Kriegsverordnungen, 24 Sittlichkeitsverbrechen bzw. -vergehen, 18 Beleidigung und Körperverletzung, 1362 Diebstahl, 57 Unterschlagung, 142 Betrug und Untreue, 179 Vergehen gegen das Forst- und Feldstrafgesetz, 160 Gewerbsunzucht, 45 Zuwiderhandlungen gegen sittenpolizeiliche Vorschriften, 136 Nahrungs- bzw. Genußmittel-Entwendung, 141 über[illegible]liches und zweckloses Umhertreiben.

Die Gesamtzahl der im Monat Juli im hiesigen elektrischen Straßenbahnbetriebe vorgekommenen Unfälle betrug 2[illegible], darunter 19 Zusammenstöße, bei 18 Unfällen wurden 14 Personen verletzt.

Im Monat Juli sind bei der Königlichen Polizeidirektion hierselbst [illegible] Selbstmorde und 24 Selbstmordversuche zur Anzeige gekommen. Erhängt haben sich 4, ertränkt [illegible], erschossen 1, vergiftet [illegible] Personen, überfahren lassen 1 Person. Zu entleiben versuchten sich durch Erhängen 4, Ertränken [illegible], Erschießen 1, Vergiften 12 Personen, Ueberfahrenlassen 1 Person.

Eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtung ist für den Herbst und Winter in Aussicht genommen. [illegible] in den verkehrsreichen Straßen der inneren Stadt, besonders denen, wo die Straßenbahn verkehrt, eine beschränkte Straßenbeleuchtung in nächster Zeit, etwa vom 1. Oktober ab, wieder eingeführt wird.

Der Allgemeine Mietbewohnerverein hat an den Rat das Ersuchen um Errichtung eines Mieteinigungsamtes gerichtet, damit die Dresdner Mieterschaft des in der Verordnung des Bundesrats vom 26. Juli vorgesehenen Schutzes gegen unbegründete Steigerungen und Kündigungen alsbald teilhaftig wird, wenn die Regierung, was zu erwarten steht, die in der Verordnung zugelassene Ermächtigung an die sächsischen Mieteinigungsämter erteilt hat.

Zentral-Arbeiter-Bibliothek. Besonderer Umstände halber bleibt die Zentral-Arbeiter-Bibliothek Dresden, Ritzenbergstraße 6, und die Nebenstelle Coschütz bis auf weiteres geschlossen.

4. Kreis, Dresden-N. Mittwoch den 29. August, abends 9 Uhr, findet im Jugendheim, Oppellstraße 12, I., ein Frauen-Vortragsabend statt. Referent: Genosse Leinen. Die Genossinnen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen, ebenso die Genossinnen von Pieschen-Trachenberg.

Aus der Umgebung.

Kemnitz. Alle diejenigen Haushaltungen, welche nach der am 20. Juli d. J. stattgefundenen Bestandsaufnahme Kohlen erhalten haben — die Zuweisungen von der Gemeinde bleiben dabei unberücksichtigt —, werden aufgefordert, die Menge und die Sorte der eingegangenen Kohlen schriftlich im Gemeindeamt zu melden. Die etwa im Besitz der Haushaltungen befindlichen Kohlenkarten sind mit einzusenden. Eine gleiche Meldung haben auch diejenigen Haushaltungen zu erstatten, die erst nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung Kohlen von irgend einer Seite — außer von der Gemeinde — erhalten. Die Anzeigeerstattung hat innerhalb 24 Stunden nach dem Eingang der Kohlen zu erfolgen. Unter Kohlen im Sinne dieser Bekanntmachung sind alle Arten von Steinkohlen, Braunkohlen, Briketten und Koks zu verstehen. Wer die Anzeige versäumt, macht sich strafbar und hat zu erwarten, daß er von dem Kohlenbezuge durch die Gemeinde ausgeschlossen wird.

Stetzsch. Schwerarbeiter erhalten auf besonderen, Dienstag den 28. August im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 4, zu entnehmenden Ausweis Mittwoch den 29. August, vormittags von 8—12 Uhr, und zwar im Beyerschen Gutsgehöft, 5 Pfund Kartoffeln, das Pfund zu 15 Pf. — Dienstag den 28. August, vormittags von 7 Uhr an, ist für die Einwohner von Cossebaude, Gohlis, Kemnitz, Mobschatz und Stetzsch Fortsetzung des Verkaufes von Weißkraut im Hofe des Krüglerschen Gasthofes hierselbst. — Gegen besonderen, Donnerstag den 30. August im Zimmer Nr. 4 des Gemeindeamtes zu Stetzsch abzuholenden Ausweis sind nächsten Freitag, den 31. August, in den hiesigen Geschäften erhältlich: 400 Gramm Erbsen zu 48 Pf. Volksküchenteilnehmer, Landwirte und Gärtner sind von dieser Belieferung ausgeschlossen. Kinder unter 6 Jahren erhalten nur die Hälfte. Geeignete Gefäße sind mitzubringen.

Gerichtszeitung.

Schöffengericht.

Bessere Zeiten

hat nach seinen Angaben der Handelsmann Karl Bernhard Tauscher schon gesehen. Er war dreifacher Hausbesitzer, will aber sein Vermögen durch den Krieg verloren haben. In der letzten Zeit handelte er mit Knochenschrot. Zu einer Zeit, wo die Knochen schon beschlagnahmt waren, versprach er einer Kundin noch Knochenschrot zu liefern, wenn er nur etwas Kapital hätte, um Knochen zu kaufen. Die Frau schickte ihm zu diesem Zweck 800 M. T. verbrauchte das Geld für sich und lieferte der Frau keine Ware. Außerdem hat T. vier Stück Handwagen gekauft, von denen er den Umständen nach annehmen mußte, daß sie gestohlen waren. Seine erste Arbeit war, die an den Wagen befindlichen Firmen zu überstreichen und auch sonst noch Veränderungen an den Wagen vorzunehmen, damit sie möglichst unkenntlich wurden. Dann verkaufte er sie. Der Angeklagte versuchte erst zu leugnen und machte Ausflüchte, schließlich war er aber geständig. Das Gericht verurteilt ihn zu drei Monaten Gefängnis, wovon drei Wochen als verbüßt gelten.

Deutsches Reich.

Die Fürsorgeerziehung als politisches Kampfmittel.

Der Strafrechtslehrer Professor v. Lilienthal befaßt sich in der Deutschen Strafrechtszeitung mit der bekannten Entscheidung des Kammergerichts, das die Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung für hinreichend erklärte, um die Fürsorgeerziehung anzuordnen. Prof. v. Lilienthal greift diese Entscheidung scharf an, indem er ausführt:

„Die Erziehung zur Vaterlandsliebe ist zwar eine für die erdrückende Mehrheit selbstverständliche Forderung. Gleichwohl darf ihr Fehlen nicht Veranlassung zur Fürsorgeerziehung werden. Das wäre der erste Schritt auf der gefährlichen Bahn, „korrekte" politische Gesinnung zu erzwingen, ein freilich vergebliches, aber für die Persönlichkeit des einzelnen wie für die Kulturentwicklung der Gesamtheit dennoch sehr gefährliches Beginnen. Wie oft ist der Vorwurf der „Vaterlandsfeindschaft" gegen Parteien gerichtet worden, die der jeweiligen Regierungspolitik widersprachen. Ihre jugendlichen Anhänger in Erziehungsanstalten zu bringen, wäre vielleicht bequem gewesen: welche Folgen es gehabt hätte, davon zu reden ist überflüssig. Die Fürsorgeerziehung ist eine Einrichtung von hohem Werte für den Schutz der Gesellschaft. Alle Hoffnungen, die man auf sie setzen darf, würden zerstört, wenn man ein Mittel des politischen Kampfes daraus machen wollte. Gerade vor dem ersten Schritte dazu müssen wir uns umsomehr hüten, gerade weil er einem augenblicklichen Empfinden nahe liegen mag."

Eine konservative Kundgebung.

In einem besonders gezeichneten Artikel der Kreuzzeitung wird festgestellt, daß es nach der Verfassung dem Kaiser zustehe, Frieden zu schließen, und daß es daher auch ausschließlich zur Zuständigkeit des Kaisers gehöre, unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers die päpstliche Note zu beantworten. Aus diesen Gründen könne der Freien Kommission nur eine begutachtende, nicht aber eine bestimmende Mitwirkung eingeräumt werden. Die Kreuzzeitung bedauert dann, daß [illegible] wieder aus dem Reichstage heraus [illegible] Nebenregierung [illegible] ins Feld bringen, und fügt hinzu:

„Entscheidend aber bleibt, wie es [illegible] im Innern der Kampf um die politische Macht [illegible] [illegible]"

[illegible]

---

schlage. Man hatte den Toten in Leinwand gehüllt. Ohne Sarg trugen sie ihn unter die Platanen hinter dem Dorf und legten ihn auf das Gras. Der Mulla kam. Die Alten traten zusammen, umbanden ihre Mützen mit Handtüchern, entblößten die Füße und hockten bei dem Toten.

Vorn der Mulla, hinter ihm in zwei Reihen je drei Alte. Gesenkten Hauptes schwiegen sie lange. Endlich hebt der Mulla den Kopf und ruft: „Allah!" Sie heben die Köpfe, senken sie wieder und sitzen lange schweigend, regungslos da. Wieder hebt der Mulla den Kopf. „Allah!" „Allah!" hallt es wieder. Wieder Schweigen — der Tote auf dem Grase und die Lebendigen regen sich nicht. Nur der Wind ist zu hören, wie er in den Blättern der Platanen rauscht. Nun liest der Mulla das Gebet, alle erheben sich und tragen auf ihren Armen den Toten zur Grube; wie ein Keller zieht sich dieselbe unter der Erde hin. Sie fassen den Toten an Armen und Beinen, biegen ihn ein, lassen ihn sitzend in sein Grab und legen ihm die Hände auf dem Leib zurecht.

Der Nogaier bringt grünes Schilfrohr. Sie füllen mit demselben die Grube; dann wird sie rasch verschüttet; man stampft die Erde glatt und stellt am Kopfende einen Stein aufrecht. Wieder hocken sie am Grabe und schweigen lange.

„Allah! Allah! Allah!" seufzten sie und standen auf.

Der Rote verteilte Geld unter die Alten, dann nahm er eine Peitsche, schlug sich damit dreimal an die Stirn und ging nach Hause.

Am anderen Morgen sieht Shilin, wie der Rote eine Stute aus dem Dorfe führt; drei Tataren folgen ihm. Der Rote wirft seinen Halbrock ab und krempelt die Aermel auf. Was für stramme Arme! Er zieht den Dolch und schärft ihn an einem Schleifstein. Die Tataren drücken den Kopf der Stute nach oben, der Rote tritt herzu, durchschneidet ihr die Kehle, wirft sie nieder, beginnt sie zu enthäuten, indem er mit seinen derben Fäusten [illegible]. Weiber und Mädchen kamen herbei und waschen die Eingeweide. Dann zerlegten sie die Stute und schleppten sie in die Hütte des Roten. [illegible] Dorf versammelte sich bei dem Roten [illegible] zu begießen.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170827/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Tagung für kriegswirtschaftliche Aufklärung.

II.

Der zweite Verhandlungstag wurde eingeleitet mit einem Vortrag des Herrn Oekonomierats Rabe, Direktor der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, über:

Die Landwirtschaft im Dienste der Kriegswirtschaft.

Die deutsche Landwirtschaft sei noch heute Bauernwirtschaft. [illegible] Prozent des landwirtschaftlichen Grundbesitzes entfielen auf den [illegible] Besitz. Dieses Verhältnis verschiebe sich immer mehr zu Ungunsten des Großgrundbesitzes. Der kleine Besitz sei es aber gerade, [illegible] angeklammert am Grund und Boden hänge; diese kleineren Leute bildeten das Element der Bodenständigkeit. Diese Verhältnisse hätten es mit sich gebracht, daß die Landwirtschaft das Reservoir an Menschenkraft für das ganze Volk darstellt. Angesichts dieser sozialen Bedeutung der Landwirtschaft frage man sich, wie es komme, daß ein Gegensatz zwischen Stadt und Land bestehe. Bis zum Jahre 1879 habe in der deutschen Landwirtschaft eine freihändlerische Richtung geherrscht. Ein Umschwung sei erst eingetreten, als Bismarck den Hebel vom Freihandel zum Schutzzoll herüberwarf. Seitdem bestehe heftiger Streit zwischen Freihandel und Schutzzoll, der natürlich auch politisch ausgenutzt worden sei.

Mit Ausbruch des Krieges sei dem deutschen Volke erst die Bedeutung der Landwirtschaft so recht klar geworden. Sie habe bewiesen, daß sie soviel produziert, daß wir, wenn auch unter Entbehrungen, durchhalten können. Dabei sei die Zergliederung der Landwirtschaft in 5½ Millionen Betriebe im Kriege infolge der zahlreichen Einberufungen nachteilig gewesen. Angesichts der Schwierigkeiten, mit denen die Landwirtschaft zu kämpfen habe, sei es begreiflich, daß die Produktionsfähigkeit zurückgeht, daß wir wieder an die Zeiten herankommen, wie wir sie in den siebziger und achtziger Jahren gehabt haben. Gleichwohl werde die deutsche Landwirtschaft weiter durchhalten und dem Acker soviel als möglich abringen.

Nicht zu bestreiten sei es, daß augenblicklich in der Landwirtschaft viel Geld verdient wird. Für Güter werden hohe Preise gezahlt. Die Käufer solcher seien aber nicht Landwirte, sondern andere Kreise, die mit der Landwirtschaft nichts zu tun haben. Man dürfe aber nicht vergessen, daß das viele Geld, das jetzt vorhanden ist, daher komme, daß alle Vorräte jeglicher Art flüssig gemacht worden sind. Deutschland gleiche jetzt einem ausgefegten Scheunboden. Nach dem Kriege werden in die Betriebe wieder gewaltige Summen hineingesteckt werden müssen, um sie wieder auf die alte Höhe zu bringen. Die Preisfrage spiele bei der Förderung der Produktion eine große Rolle. Nicht genug könne davor gewarnt werden, daß ein staatlicher Produktionszwang eingeführt werden müsse. Der Produktionszwang führe auf Abwege und zum Zusammenbruch. Ferner dürfe der Erwerbsgeist nicht ausgeschaltet werden. Es könne nicht genug anerkannt werden, daß das Kriegsernährungsamt sich bisher allen derartigen Wünschen gegenüber ablehnend verhalten hat.

Am Schlusse seiner Ausführungen versuchte der Redner darzulegen, warum der größte Wert auf die heimische Produktion zu legen ist und warum wir noch 4 bis 5 Jahre nach Friedensschluß unter der strengen Rationierung bleiben müssen. Je länger der Krieg dauere, um so mehr werden wir vor einem Weltmangel an Rohstoffen und Nahrungsmitteln stehen. Jahre werden noch vergehen, ehe der internationale Warenaustausch wieder so geregelt sein werde wie vor dem Kriege. Er schloß mit der Forderung nach einem siegreichen Frieden und nach tatkräftigster Unterstützung der Landwirtschaft durch den Staat, sowie nach Verständnis der landwirtschaftlichen Arbeit durch die anderen Volksgenossen.

Dann sprach Herr Stadtrat Dr. Krüger (Dresden), jetzt im Reichsernährungsamt, über:

Die Gemeinden als Träger der Versorgungsregelung, unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen.

Die Gemeinden hätten mit der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung eine der ernstesten und schwierigsten Aufgaben übernommen. Neben der Sicherung und Verteilung des Vorhandenen haben ihnen die behördliche Preisregelung, die Sicherung der Höchstpreise bzw. Festsetzung solcher und die Verhinderung der Durchbrechung der Rationierung zu. Die Selbstverwaltung könne sich im wesentlichen nicht mehr betätigen, da die Gemeinden nicht mehr frei einkaufen können, weder im In- noch im Auslande. Die Gemeinde müsse das erwerben, was ihr zugewiesen werde, sie könne deshalb nicht verantwortlich gemacht werden, wenn sie nicht immer das habe, was die Einwohnerschaft brauche.

Redner verbreitet sich dann ausführlich über die Organisation in den einzelnen Städten. Die Einschaltung des örtlichen Handels habe eine außerordentlich starke Entwicklung genommen. Man habe auch überall versucht, den Kleinhandel zu organisieren. Die Bürger der Stadt sollten als Interessenten bei der Lebensmittelversorgung mit herangezogen werden, auch die Frauen. Zweck der Organisation sei, die Verbraucher zufriedenzustellen. Die Frage nach der genügenden Menge könne von der Gemeinde nicht selbständig gelöst werden, da die Höchstmenge meist schon vom Reiche vorgeschrieben sei.

Die Haupt- und Kernfrage des neuen Wirtschaftsplanes bestehe darin, daß es gelingt, alle Löcher in der Versorgung auszufüllen, besonders soweit die Kartoffelversorgung in Betracht kommt. Dann würden die großen Ernährungsschwierigkeiten der Großstädte auch in einem milderen Lichte erscheinen. Erreichbar sei dieses Ziel aber nur auf dem Wege einer schärferen Exekutive bis zum kleinen Betrieb [illegible] unter. Die preußische Erfassung der Kartoffeln [illegible] im neuen Jahre eine viel steigehendere und umfassendere sein als bisher.

Neben den Löchern in der Versorgung trete noch die Technik. Die Gemeinden müssen mit Zulagen rechnen, müssen an Schwerarbeiter, [illegible] Mütter, Kranke, Massenspeisungen usw. denken. Alle diese [illegible] bewirken, daß nicht die vom Reiche zugestandene Höchstmenge [illegible] werden kann, sondern daß sich die Allgemeinheit Abzüge gefallen lassen muß. Die Folge sei, daß in den einzelnen Gemeinden [illegible]

die Zuteilung der Lebensmittel eine verschiedene war, selbst wenn die Zuweisung durch das Reich gleichmäßig erfolgte. Hinzu komme die Reservepolitik der Gemeinden. Auf diese Weise erkläre sich die Verschiedenartigkeit der örtlichen Rationen. Es würde übrigens auch absolut falsch sein, eine ganz gleichmäßige Verteilung bestimmter Waren, z. B. der Eier, fürs ganze Reich durchzuführen, indem man erst entsprechend große Mengen aufsammelt und dann verteilt. Ein solches Aufsammeln vertragen derart empfindliche Waren eben nicht. Dagegen sollten erhebliche Unterschiede in engbegrenzten Bezirken nicht vorkommen.

Eine andere Frage, die Zuführung von Waren an den Verbraucher zu möglichst nicht übermäßigen Preisen, könne ebenfalls nicht restlos von den Gemeinden gelöst werden. Notwendig sei jedenfalls aber vollständige Freiheit und Offenheit bei der Preiskalkulation unter Hinzuziehung von Sachverständigen und Händlern. Gewinne sollten die Gemeinden aus der Kriegswirtschaft nicht erzielen. Im großen und ganzen sei das wohl auch nicht vorgekommen, viel eher sei das Gegenteil der Fall. Besonders verwickelt werde die Finanzpolitik der Gemeinden, wenn es gelte, die Nahrungsmittel zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung weiter zu verbilligen; sie sei eine höchst schwierige Sache, weil sie von der Höchstpreispolitik der Zentralstelle abhänge. Zu einer geordneten Lebensmittelverteilung im Interesse der Verbraucher gehöre neben der Ausgabe von Lebensmittelkarten auch deren Rückgabe.

Nur ein hochentwickeltes Volk wie das deutsche vermöge sich in ein so überaus schwieriges System hineinzufinden. Wir haben die Erhebung des Volkes im Jahre 1813 bewundert. Was das Volk aber heute ertrage und dulde, das werde von einer späteren Geschichte noch viel mehr bewundert werden.

In der anschließenden

Debatte

ergriff nur der Gewerkschaftssekretär Hänsel das Wort. Der Vorsitzende habe gesagt, wir alle sollen helfen, die Nerven des Volkes zu stählen. Wir alle wissen nun, daß nicht mehr gegeben werden kann, als da ist. Gefordert muß aber werden, daß alles das, was da ist, erfaßt und so verteilt werden muß, daß einer so viel bekommt wie der andere. Wenn manches Loch in der Nahrungsmittelversorgung gegeben war, so nicht immer deshalb, weil nichts dagewesen wäre, sondern weil wir in Dresden und in Sachsen nicht das bekommen haben, was anderwärts gegeben worden ist. Es sind sogar Waren, die für Dresden bestimmt waren, unterwegs von der Eisenbahn abgehängt und nach anderen Gemeinden geleitet worden. Wenn die Bevölkerung in Dresden und in Sachsen sich so gehalten hat, daß nicht Sachen vorgekommen sind, an denen Anstoß genommen worden wäre, so hat jedenfalls die Arbeiterschaft ein großes Stück Leistung hinter sich. Wenn wochenlang die Bevölkerung ohne das notwendigste Nahrungsmittel durchgehalten hat, so war dies eine Kraftprobe, die an die Bevölkerung gestellt wurde. Wenn die Tagung das bringen soll, was von ihr erwartet werde, so muß doch hierzu erklärt werden: Wir sind allein nicht in der Lage, die Nerven so zu stärken, daß die Bevölkerung ruhig ist, sondern die Behörden müssen alles daransetzen, alle Nahrungsmittel zu erfassen und gleichmäßig zu verteilen, so daß keine Mißstimmung aufkommt und, soweit solche bereits vorhanden ist, sie gemildert und beseitigt wird. „Es wird eine große Befriedigung in der Bevölkerung auslösen, wenn jeder einzelne weiß, daß er genau soviel bekommt, wie der Bessersituierte.“ (Lebh. Beifall.) Zum Schluß richtete Redner an das Generalkommando das Ersuchen, die Aufklärungs-Tätigkeit der Arbeitervertreter draußen im Lande nicht durch Versammlungsverbote zu erschweren. — Hauptmann Thierig versprach, die geäußerten Wünsche der zuständigen Stelle unterbreiten zu wollen. — Im

Schlußwort

erklärte sich Geh. Regierungsrat Schmitt daß vieles, was Hänsel vorgebracht habe, in seinem Sinne gesprochen gewesen sei. Vieles bleibe in der Zukunft noch zu tun, um die sächsische Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen, wie sie es zu beanspruchen hat. Der ernstliche Wille dazu sei bei uns vorhanden. Er möchte aber doch davor warnen, anzunehmen, daß auf diesem Gebiete eine wesentliche Unterstützung gegeben werden könnte, wenn man „Krach“ mache. Wo man mit Unruhen auf die Versorgung Einfluß ausüben wolle, werde es mit der Nahrungsmittelversorgung eher schlimmer als besser. Dort, wo Streiks [illegible] ausbrechen, muß es schon der Konsequenzen wegen der Behörde schwer fallen, den gestellten Ansprüchen gerecht zu werden. Wir müssen auf anderem Wege vorwärts zu kommen suchen und die Bevölkerung sollte das Vertrauen zu uns haben, daß dieser andere Weg auch gefunden werden wird.

Die behördliche Regelung muß durchaus beibehalten werden, es wäre ein großes Wagnis und ein ungeheuerlicher Fehler, vom jetzigen Wege abzuweichen und alles dem freien Handel zu überlassen. (Zustimmung.) Daß es notwendig ist, den Schleichhandel und Kriegswucher energisch zu bekämpfen, sei ja schon wiederholt betont worden. Eine allzu weitgehende Vereinheitlichung für das ganze Reich empfehle sich, ebenso könne der Ruf nach Einsetzung einer militärischen Diktatur für die Nahrungsmittelversorgung der Zivilbevölkerung nur als ein Schlagwort aufgefaßt werden. Notwendig sei dagegen eine starke Zentralgewalt und eine stärkere Berücksichtigung Sachsens als Verbraucherland. Auch muß die wissenschaftliche Grundlage der Psychologie draußen im Lande noch ein besseres Verständnis finden.

Endlich — so schloß Redner — sind wir wohl alle der Ueberzeugung, daß die Ernährungsschwierigkeiten ohne Rücksicht darauf, ob und wann wir Frieden haben werden, noch lange Zeit unser innerpolitisches Leben beeinflussen werden. Wir sind aber auch der Ueberzeugung, daß wir auskommen werden und auskommen können und daß die Pläne auf die Aushungerung Deutschlands sich nicht erfüllen werden.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Lokales.

Ueber die Lohnstreitigkeit bei der Firma Garbaty-Rosental

[illegible] in der die Zigarettenfabrik in Dresden Gottfried-Keller-Straße, in der die [illegible] vor einiger Zeit wegen zu schlechter Bezahlung einer [illegible] Arbeit deren [illegible], können wir nun berichten, [illegible] zur Zufriedenheit der Arbeiterinnen [illegible] die Differenzen endgültig mit der Firma, die durch [illegible] gelegt wurden. Die Verhandlungen mit der unterzeichneten Verbands[illegible] Kriegsamt sowie insbesondere von der unterzeichneten als vorläufiges Ergebnis [illegible] weitergeführt wurden, zeitigten zunächst als vorläufiges [illegible] 8 bzw. [illegible] statt ursprünglich [illegible], daß die Firma [illegible] das Tausend zahlen wollte. Daraufhin [illegible] nunmehr 14 [illegible] Arbeit wieder auf. Die Verhandlungen [illegible] die Arbeiterinnen [illegible] der Forderung der Arbeiterinnen ihrem [illegible] jedoch im Sinne der Forderung der Arbeitsaufnahme [illegible] Nach Ablauf von einer Woche seit der Arbeitsaufnahme [illegible] Firma [illegible] den Preis von 16 Pf. für [illegible]

womit die erhobene Forderung fast ganz erfüllt wurde und die Packerinnen sich einverstanden erklärten. — Damit sind die Differenzen als beigelegt zu betrachten. Hoffentlich wird dieser ganze Vorgang der Firma insoweit zur Lehre dienen, daß der sogenannte „Burgfrieden“ nicht dazu da ist, der Arbeiterschaft jedes niedrige Lohnangebot zumuten zu können, um sich selbst dabei noch größere Vorteile zu verschaffen.

Deutscher Tabakarbeiterverband.
Verwaltungsstelle Dresden.

Inland.

Noch keine Einigung in der schlesischen Textilindustrie.

Aus Textilarbeiterkreisen wird uns geschrieben, daß die Meldung in unserer Freitagnummer, wonach eine Einigung in der Textilindustrie des Eulengebirges bereits stattgefunden habe, nicht zutreffend und den Tatsachen vorausgeeilt sei. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, heute (Montag) beginnen sie erneut.

Ausland.

Der schwedische Gewerkschaftskongreß

lehnte die Anträge auf Herausgabe einer Gewerkschaftszeitung ab. Ferner verbot der Kongreß die Annahme von Parlamentssitzen durch Gewerkschaftsführer. Eine beantragte Proklamation gegen den Syndikalismus lehnte der Parteitag ab, um diesem nicht eine Bedeutung beizumessen, die ihm nicht zukommt. Lindquist wurde mit über Zweidrittelmajorität als Landesvorsitzender wiedergewählt.

Der Wert der internationalen Seemanns-Konferenz.

Welcher „Wert“ der internationalen Seemanns-Konferenz in London, die den Boykott Deutschlands auf allen Gebieten einstimmig beschlossen hat, beizumessen ist, ergibt sich aus folgendem: Reuter behauptet in seinen ausführlichen Telegrammen, daß auch Holland vertreten gewesen sei. Tatsächlich hat keine der holländischen Seemanns-Organisationen eine Delegation entsandt. Nur ein paar holländische Kapitäne waren von Havelock Wilson eingeladen und stimmten ihm begeistert darin zu, daß die Deutschen um Frieden „flehen“ müßten und das ganze deutsche Volk für die Verbrechen des Unterseebootskrieges verantwortlich gemacht werden müßte.

Parteiangelegenheiten.

Der Anzeigenteil unseres Kölner Parteiblattes unter Vorzensur.

Wegen einiger Inserate der Gewerkschaftsorganisation wurde über den Anzeigenteil unseres Kölner Parteiblattes die Zensur verhängt. Es war darin von einer „unverständlichen Antwort“ der Unternehmer und der Regierungsbehörden die Rede; in der Aufforderung zum Versammlungsbesuch wurde gesagt, „daß sich die Nachtschicht bis zehn Uhr entschuldigen kann“.

Der Wahlkreis Altena-Iserlohn.

Durch die Presse der „Unabhängigen“ ging eine längere Notiz, nach der jetzt auch der Wahlkreis Altena-Iserlohn zu den Unabhängigen übergetreten sei; der Organisation gehörten (von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen) alle alten und verdienten Genossen an. — Dieser Notiz gegenüber erklärt die Kreisleitung des Sozialdemokratischen Vereins Altena-Iserlohn: „Unsere alten und verdienten Genossen, wie auch sämtliche Ortsgruppen unserer Parteiorganisation stehen geschlossen auf dem Boden der auf unserer letzten Kreiskonferenz beschlossenen Resolution und haben weder Ursache noch Neigung, von den in der Resolution festgelegten Richtlinien abzugehen, bevor nicht der Parteitag zu den unsere Gesamtpartei bewegenden Fragen endgültig Stellung genommen hat. Ein einziger Genosse hat bis jetzt erklärt, auf Grund der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Partei nicht mehr angehören zu können, wie auch, daß er mit noch einigen anderen Genossen „vielleicht“ zur U. S. P. D. übertreten würde. So sehr wir es bedauern, daß durch diesen Schritt des in Frage kommenden Genossen ein weiteres gemeinsames Arbeiten mit ihm nicht mehr möglich ist, so wenig wird dieses Vorkommnis geeignet sein, an der Haltung unserer Kreisorganisation irgend etwas zu ändern.“

Zentral-Arbeiter-Bibliothek
Dresden, Ritzenbergstraße 6, II.
Nebenstelle Coschütz
bleiben bis auf weiteres geschlossen.
Entliehene Bücher bitten wir im Bureau des Gewerkschaftskartells Dresden, Ritzenbergstraße 4, I., abzugeben. [S468
Der Vorstand des Gewerkschaftskartells Dresden und Umg.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Dresden.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Hermann Schumann, Hilfsarbeiter
am 25. August verstorben ist.
Die Beerdigung erfolgt Dienstag den 28. August, nachmittags 2 Uhr, auf dem Löbtauer Friedhofe.

Am 26. August starb plötzlich und unerwartet unser Kollege und Kolporteur
Hermann Drechsler
aus Kaitz im Alter von 50 Jahren.
Die Einäscherung erfolgt Mittwoch den 29. August, nachmittags 2½ Uhr, im Krematorium zu Tolkewitz. [S479
Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Ein treues Vaterherz hat aufgehört zu schlagen!
Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß mein unvergeßlicher, herzensguter Gatte, unser lieber, treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Friedrich Hermann Drechsler
im 51. Lebensjahre am 26. August, nachmittags 4¾ Uhr, im Friedrichstädter Krankenhause nach kurzem, schwerem Leiden sanft verschieden ist.
Kaitz, den 26. August 1917.
Die tieftrauernde Gattin und Kinder nebst Angehörigen.
Die Einäscherung erfolgt Mittwoch nachmittag 2½ Uhr im Krematorium zu Tolkewitz. Blumenspenden werden im Sinne des Verstorbenen dankend abgelehnt.
Dir der Friede, uns der Schmerz / Ruhe sanft, du edles Vaterherz.

Sonnabend vormittag ¾11 Uhr entschlief nach kurzem aber schwerem Leiden mein lieber Gatte, unser guter, treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater [B3412
Hermann Barthel, Maurer
im Alter von 63 Jahren. In tiefstem Schmerze zeigt dies an:
Auguste verw. Barthel geb. Opitz **nebst Kindern.**
Die Beerdigung findet Dienstag den 28. August, nachmittags 3¼ Uhr, vom Trauerhause, Neunimptsch Nr. 11, aus statt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachse, Briesnitz.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Striesen.
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170827/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Kohlen, Fett und Arbeitskraft.

Von Th. Thomas, Frankfurt a. M.

Wer die Fachliteratur daraufhin prüft, wie Aerzte, Hygieniker, zum Teil auch Volkswirtschaftler, zu der gegenwärtigen Ernährung und Kohlenkrise Stellung nehmen, der wird immer wieder an die Worte Wilhelm Buschs erinnert:

Gesegnet sind die Christen, ihnen
Muß jedes Ding zum besten dienen.

Wir sehen, wie sich diese Wissenschaftler abquälen, aus der Not der Zeit immer noch Betrachtungen herauszupressen, die darauf abzielen, den heutigen Zustand als den natürlichen, die Friedensverhältnisse dagegen als höchst ungesund und unwirtschaftlich hinzustellen. Da wird die Verringerung der Mahlzeiten befürwortet, es seien früher zu viel Lebensmittel verschwendet worden, man müsse „fletschern" und anderes mehr. Schon machen sich Stimmen bemerkbar, die uns einflüstern, es habe auch bei den Kohlen nicht die richtige Sparsamkeit gewaltet, ein Uebermaß von Wärme sei aus hygienischen Gründen nicht angebracht usw. Leider wird das kleine Körnlein Wahrheit, das in allen diesen Beschwichtigungsversuchen verborgen ist, aufgebauscht und kritiklos verallgemeinert. Gerade darin liegt ihr großer Nachteil. Es wird ganz übersehen, daß es den unteren Schichten schon vor dem Kriege kaum möglich war, des Lebens Nahrung und Notdurft zu sichern. Die Tabellen der Ortskrankenkassen, Versicherungsanstalten und anderer Sozialinstitute über das Wohnungselend, die Berufskrankheiten, die Kindersterblichkeit und den Geburtenrückgang hat der Krieg nicht unleserlich gemacht. Sie beweisen mit unbarmherzigen Ziffern, daß, soweit die Arbeiter in Frage kommen, diese auch im Frieden keinen Fett- und Kohlenüberschuß hatten, wobei wir an Fett in weitestem Sinne denken. In den Quartieren des kleinen Mannes drängte sich schon, ehe es eine Kriegskohlenkrise gab, alles in einem Raume zusammen, um darin ein klein wenig Wärme zu hamstern und Kohlen zu sparen. Die schöne Tugend, die heute allen gepredigt wird, übte also der Arbeiterhaushalt schon immer. Wohnungsnot, Kohlenpreise und wirtschaftliche Unsicherheit sorgten genügend dafür, daß der Heizstoff immer nur in Eimerchen geholt werden konnte.

Der Schluß ist deshalb berechtigt: Wenn in diesen Kreisen noch mehr eingeschränkt werden muß, sind schwere gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden zu erwarten. Es steht außer Frage: Kohlen, Fett und Arbeitskraft sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Das Bild ist nicht neu, in dem der Mensch mit einer Maschine verglichen wird, bei der Fett und Kohlen die Ausgabe von Körperkräften durch Einnahme von Energie wieder ausgleichen. Je weniger man dem Körper durch Nahrung Eiweiß und Fettstoffe zuführt, um so mehr ist er für die Schwankungen der Temperatur empfindlich. So betrachtet, ist der Unterschied zwischen Kohle und Fett allerdings nur noch gering. Der schlecht genährte Körper kann einfach Erkältungen und anderen Einwirkungen keinen genügenden Widerstand entgegensetzen. Seht euch nur in den Asylen, in den Wärmstuben um, betrachtet die Kinder der Volksschulen oder schlecht genährte Außenarbeiter, wie die vor Kälte klappern! Natürlich spielt auch die Bekleidung mit. So wird im nächsten Winter das schlechte Schuhwerk, der Mangel an Wolle, Stoffen aller Art, von der anderen Seite helfen, der Lebensmaschine das Arbeiten zu erschweren.

Jedenfalls hat der Körper ein Mindestmaß von Wärme nötig, um seine Funktionen erfüllen zu können. Je weniger man ihm davon geben kann, um so mehr muß er vom eigenen Vorrat verzehren. Dieser hat natürlich dort seine Grenzen, wo der eiserne Bestand angegriffen wird. Die Entkräftung folgt dann schnell auf dem Fuße, der Körper beginnt auf alle Krankheitskeime zu reagieren, es kommt schon in diesem Stadium zu ernsten Gefahren. Wir erkennen sie, wenn wir leichter müde werden, das gewohnte Arbeitspensum nicht mehr oder nur schwer leisten können, vielleicht auch ganz zusammenklappen. Unsere Arbeitskraft findet keinen Rückhalt mehr, sie versiegt. Die Neubildung von Lebensenergie ist erschwert, wenn nicht unmöglich geworden. Schließlich kann der Körper auch das Wenige an Fett und Wärme nicht mehr ausnützen, damit ist die Arbeitsunfähigkeit gegeben.

Es ist jedenfalls nicht zu verantworten, wenn die Rationierung der wichtigsten Lebensmittel und der Kohlen nicht auf das Existenzminimum Rücksicht nimmt. Das ist aber zu befürchten, wenn in der ungenügenden Zuteilung wie bisher schon bei den Lebensmitteln, so jetzt auch bei den Kohlen die unteren Klassen besonders leiden. Wir sehen jetzt schon, es fehlen gerade die Kohlen, die für Kleinwohnungen unentbehrlich sind. Die Häuser mit Zentralheizung brauchen besonders den großen Koks, dieser ist leichter zu beschaffen als der Hausbrand. Die Natur scheint es auch hier wieder so eingerichtet zu haben, daß die am härtesten betroffen werden, die den Heizstoff am nötigsten brauchen, die nichts zuzusetzen haben, die außerdem wenig auf dem Leibe tragen, also auch noch auf diese Weise Wärme verlieren. Nehmen wir hinzu, daß auch der Gasverbrauch um ein Fünftel eingeschränkt werden muß in Familien, die schon bisher die Gasleitung schonten wie den Augapfel, so ist das Maß voll.

Was tun, spricht Zeus. Dort wo die Natur Ersatz bietet in reichen Holzbeständen, sorgen vorsintflutliche Forstgesetze dafür, daß diese Quellen zu wenig ausgenutzt werden können. Hier müßte zunächst eingesetzt werden. In der Zusammenlegung großer Häuser, Villen usw. finden wir die ersten großen Ersparnisse an Kohlen. Daß für den nächsten Winter Zentralheizungen für zwei, drei Leute in Betrieb gesetzt werden, die schon zum Anheizen fünf Zentner Koks verschlingen, ist nicht zu rechtfertigen. Was in solchen Häusern an einem Tage in Rauch aufgeht, reicht für den Bedarf einer Arbeiterwohnung während des ganzen Winters. Weitere Ersparnisse würden durch Zusammenlegung von Hotels, Wirtschaften, Cafés und Pensionen erreicht. Es ist einfach unerhört, wenn nächsten Winter ganze Straßenzüge für oft wenige Gäste geheizt werden. Es liegt ja im Zug des Hilfsdienstgesetzes, Kräfte, die heute zur Bequemlichkeit einer dünnen Schicht dem Wirtschaftsleben entzogen werden, für den öffentlichen Dienst freizumachen. Warum nicht auch reformieren im Interesse von Kohlen, Gas, Licht, und Wäsche? Von den Lebensmittelvorräten dieser Betriebe wollen wir gar nicht reden.

Größere Ausnutzung der Räume, die wie Schulen geheizt werden müssen, zu öffentlichen Zwecken. Man könnte Nähräume für Heimarbeiterinnen, Aufenthaltsräume für Kinder am Tage, des Abends Unterkunftsräume für Schlafstellenbesitzer schaffen. Auch Theater können zusammengelegt, die im Betriebe bleiben, doppelt ausgenutzt werden. Dies könnte dadurch geschehen, daß man von fünf bis sieben und acht bis zehn Vorstellungen gibt. In den Großstädten wohnen zahlreiche Leute, die genau so gut um fünf wie um sieben ins Theater gehen können, dafür könnte man in den Abendvorstellungen die Arbeiter noch mehr begünstigen, die durch eine Arbeitszeitreform dazu Gelegenheit bekämen. In vielen Städten könnte auch ein Teil der großen Justizpaläste, in denen trotz der Papiernot leider immer noch unsinnig viel geschrieben wird, zu Heimarbeiterstuben eingerichtet werden.

Auf der anderen Seite muß der Mangel an Fett und Kohle durch eine Reform der Arbeitszeit ausgeglichen werden. Die Arbeitskraft muß sehr geschont, die Arbeitszeit umgeändert werden. In allen Betrieben sollten jetzt bei gleichem Lohn die doppelten Schichten eingeführt werden; es wäre von sechs bis zwei und von zwei bis zehn Uhr zu arbeiten. In diesen achtstündigen Schichten wird nicht weniger geleistet werden, wie bisher in etwa zehnstündigen, aber es würde an Wärme und Arbeitskraft gespart und die Räume besser ausgenutzt. Dem könnten sich auch die Warenhäuser und die übrigen Geschäfte im Interesse der Sparsamkeit anpassen.

Gewiß, es bedeutet das alles einen Eingriff in das normale Leben, aber fragt man den Arbeiter, ob er sich unter gewissen Wirkungen des Hilfsdienstgesetzes wohl fühlt? oder den Feldgrauen, wenn er Heim und Herd, Geschäft und Verdienst hinopfern muß? Unsere Vorschläge reichen nicht entfernt an das heran, was der Krieg sonst an Umsturz bringt, nur wird hier etwas erhalten, während sonst der Krieg vernichtet. „Schützt die Millionen kleiner Haushalte, schützt die Arbeitskraft", muß das Stichwort der nächsten Zeit sein, ihm haben sich alle unterzuordnen, die an der Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft mitarbeiten.

Chelm, das jüdisch-polnische Schilda.

Uns allen sind aus den Kinderjahren Schöppenstadt und Schilda liebe Erinnerungen. Dem volkskundigen Forscher ist es bekannt, daß ein jedes Land und eine jede Zeit von vielen lustigen Schildbürgerstreichen zu erzählen wissen. Auch die Juden Polens haben ihr Schilda und es heißt Chelm, etwa 70 Kilometer östlich Lublin gelegen.

Weit und breit, wo die „jiddische" Zunge klingt, kennt man die Chelmer Naronim (Narren). N. Prilucki hat im zweiten Band seiner Sammelbücher „Für jüdische Folklore, Philologie und Kulturgeschichte", Warschau 1917, eine ganze Reihe ihrer Streiche zusammengestellt. Es sind die alten, lustigen deutschen Erzählungen, nur hier auf Chelm übertragen. Die Juden haben sie bei ihrer Wanderung aus Deutschland in die neue Heimat mitgenommen.

Drei davon, die eine besondere jüdische Tönung zeigen, seien hier mitgeteilt.

I.

Warum die Chelmer Narren sind?

Jeder Engel hat seine eigene Aufgabe. Darum kann ein Engel nicht zwei Befehle ausführen. Und weil der liebe Gott jedes Jahr in jedem Städtlein einen Narren geboren werden läßt, macht sich der dafür bestimmte Engel mit den Seelen der Narren, die geboren werden sollen, auf den Weg und läßt auf jedes Städtlein eine solche Seele niederfallen.

Einmal kam dieser Engel mit einem Sack närrischer Seelen über Chelm des Weges daher. Und da Chelm von Bergen und Tälern umgeben ist, glitt der Engel aus, und so hat er alle närrischen Seelen auf Chelm ausgeschüttet . . .!

II.

Wie die Chelmer die Katze gefangen haben.

In Chelm hat es immer eine Menge Mäuse gegeben. Die haben den Chelmern schrecklich zugesetzt.

Kommt da eines Tages ein fremder Jude nach Chelm und erzählt Wunderdinge von einem kleinen Tierchen, vor dem die Mäuse sich in die Löcher verkriechen, sobald sie es nur sehen. Die Chelmer haben ihm das Tierlein abgekauft, und die Katze, denn so hieß das Tierchen, dem Rabbiner gegeben. Der erzählte gleich Wunder davon, wie sehr die Mäuse sich vor dem neuen Tierlein fürchteten. Da kam der Sommer. Der Rabbiner öffnete das Fenster. Die Katze überlegt nicht lange, springt auf das Dach und vom Dach auf den Schornstein.

Voller Schreck ruft der Rabbiner die Gemeinde zur Beratung zusammen, wie man wohl die Katze fassen könnte. Man kommt zum Beschluß, das Haus anzustecken — dann wird die Katze schon herunterspringen müssen. Da haben die Chelmer ein Haus nach dem anderen angezündet und die Katze sprang immer weiter, von einem Dach auf das andere. So kam es, daß fast ganz Chelm abbrannte . . .

III.

Das Urteil.

In Chelm war einmal ein Ratsmann. Man nannte ihn Israel Zadok. Eines Freitags ging er auf den Markt, um selbst Fische für die Sabbatmahlzeit einzukaufen. Er handelte einen lebendigen Karpfen ein und legt ihn mit dem Kopf nach unten in seine Rocktasche. Ein halber Fisch guckte zur Tasche heraus. Auf dem Wege gab der Fisch mit dem Schwanze ihm einen Schlag ins Gesicht. Als man in der Stadt davon hörte, rief man das Volk zur Beratung zusammen und nach langem Hin und Her wurde folgendes Urteil verkündet: Dieweil der Fisch den Ratsmann geschlagen, muß er ertränkt werden. Der Stadtdiener nahm den Fisch, ging zum Fluß und warf ihn hinein.

So spricht man Recht in Chelm.

80 Pfennig das Pfund Bohnen.

Der Gartenbauer Schwempe fuhr sich mit dem Handrücken über die Stirn. In Bächen rann der Schweiß. „Verfluchte Wirtschaft, verfluchte Wirtschaft!" stöhnte er und ließ sich kraftlos in einen Korbstuhl fallen, der vor dem kleinen Ruhehaus in der Sonne stand. „Es ist auf die Sonne kein Verlaß."

So bot er ein vollkommenes Bild der Schmerzen. Die Arme hingen ihm schlaff in den Aermeln und nur dem Umstand, daß die Hemdbündchen am Handgelenk fest geschlossen waren, schien es zu danken, daß das totmatte Fleisch beisammengehalten wurde, wie sich's gehört. Die Sonne stach unbarmherzig vom Himmel.

In der vergangenen Nacht hatte es derb geregnet; überhaupt: mit dem Wetter der vergangenen Tage und Wochen ist es ganz unheimlich gewesen: als ob ein Verein der Großgärtner selbst den Wechsel von Sonnenschein und Regen geregelt hätte. Seine Augen suchten das Blau des Himmels ab; trotz aller Mühsal konnte er ein Lächeln nicht unterdrücken.

„Wie im Schlaraffenland," murmelte er vor sich hin, als nun sein Blick über die Beete ging. Alles, was Wurzeln hatte, wuchs in beängstigender Fülle heran: Gurken, Kraut, Kürbisse, Bohnen — Herrgott, wenn er jetzt Leute hätte! die zehnfache Zahl brauchte er gegen die Friedenszeit. Es wuchs schneller heran, als geerntet werden konnte. Sein Garten quoll über und der Erntesegen trieb die Zäune hinaus. Und der heutige Tag würde seine Sorgen noch verschlimmern.

Er erhob sich und zog sich ins Innere seines Häuschens zurück. „Fritz!" schrie er hinaus, „lies doch erst mal drüben die Möhren auf. O Gott, daß das nicht aufhören will!" Alle seine Wurzelgewächse standen so dick und dicht, daß eines das andere aus dem Erdboden hinausdrängte. Auf den Möhrenbeeten war ein Gebuffe wie auf einer Flohmatratze in Serbien, so sprangen die gelben Rüben unter dem Druck ihrer Artgenossen aus der Erde; und die Kürbisse lagen zu fünf Schichten übereinander, die sechste wird morgen kommen.

Ein seltsames Stimmengewoge, das um den Garten her zu branden schien, riß ihn aus seinem Sinnen. „Schon wieder die Sauleut!" stöhnte er auf, „nicht mal auf seinem Eigenen hat man nicht Ruhe." Den Kopf seitwärts geneigt, das linke Auge geschlossen und das rechte giftgrün ins Weite gebohrt, war er horchend und überlegend still geworden. In immer neuen Wellen drängte das Publikum gegen seine Zäune.

„Die haben Hunger," schrie ihm eine Stimme ins Ohr.

Da sprang er auf. Noch war er Herr auf seinem Grund und Boden. Wer wagt es hier von Hunger zu reden? Gott sei Dank! der Kürbispreis stand noch auf 40 für das Pfund, freilich in der vorigen Woche auf 50. Das ist der Lauf der Welt: der Erzeuger wird getreten und gedrückt, um seine Sorgen kümmert sich die Masse nicht. Immerhin, Gott hat ein Einsehen — wenn man bedenkt, daß das Pfund Kürbis in Friedenszeit nur 3 und 4 Pfennig kostete!

Das Publikum mit seinem Schreien konnte ihn rasend machen. „Ausgehungerte Gesellschaft, unverschämte!" Er erhob seine Stimme und brüllte nach Hermann, dem Ochsenknecht: „Laß die Hunde los!"

Währenddem hatten die Stangenbohnen ihre Ranken so üppig zum Fenster hereingeschoben, daß er sich schier in seinem Atemholen beengt fühlte. Er zog sein Notizbuch. Die Bohnen standen auf 60 das Pfund. Er setzte den Preis auf 1 Mark herauf. —

Karl A. Meyer.

Cyprienne.

Im Albert-Theater hat man ein altes Lustspiel Sardous: Cyprienne herausgesucht, das einmal die Wonne einer ganzen Publikumsgeneration war. Das Petruchio-Kätchen-Motiv, von dem das Lustspiel in erster Linie lebt, wird immer auf Reflex zu hoffen haben. [illegible] der ein ebenso glänzender Koch wie bühnensicherer Lustspiel[illegible] war, hat den Dialog durch Zutaten und Zutätchen so angem[illegible], daß auch heute noch eine nette Abendunterhaltung [illegible]kommt. Die Rolle der verwöhnten, graziösen, pikanten kleinen Frau [illegible] den Ausweg aus der Ehe sucht und dann im eignen Manne den [illegible] findet, ist in ihren Grundzügen so echt weiblich, daß sie [illegible] aller Nationen mit besonderer Lust der [illegible] widmeten. Die Anna-Petri, Niemann-Rabe [illegible] — internationale Größen [illegible] [illegible]

Theater.

[illegible]

freilich zwanzig Jahre auseinanderliegt) anfänglich miteinander verschmolzen waren. — Die Aufführung unter Hofkapellmeister Kutzschbachs meisterlicher Führung ließ die hier besonders köstliche Feinarbeit und den großgearteten Zug des Werkes erfrischend lebendig werden. Schon das Vorspiel — ganz ergötzlich durchfühlt (Vorwärtsdrängen beim Anlauf, Nachlassen beim Ablauf der Melodien) — ließ erkennen, auf welchen Impuls der Abend gestimmt war. Mit Elsa Trümner war die Rolle des Erzherzogs, mit Emilia Pofkert jene der Magdalena neubesetzt. Eva ging mit Enthusiasmus ins Zeug und sang und spielte im ersten Aufzug vortrefflich; späterhin aber vermochte sie den zu bewußter Größe anwachsenden seelischen Gehalt ihrer Rolle nicht zum Ausdruck zu bringen; so gelang ihr auch nicht die Führung im Quintett, schon darum, weil dort die Tongebung [illegible] schwebte. Die Magdalena Fräulein Pofkerts kann vorläufig nur als Versuch angesehen werden: die Mängel der Kopfregister (in einer Partie des Sprechgesanges!) sind denn doch noch zu grobe.

P. B.

In d'Alberts Tiefland, das nun fast 15 Jahre bei unverminderter Anteilnahme des Publikums in Szene geht, trotz oder [illegible] wegen seiner offenkundigen großgezimmerten Mache des [illegible] Textbuches und der ohrenfälligen Musik, waren einige kleine Rollen neubesetzt. Grete Merrem-Nikisch sang und spielte die [illegible] mit natürlicher Eindringlichkeit und Liebenswürdigkeit. Margit [illegible] gab [illegible] zu hören, aber auch ohne deutlichere Charakte[illegible]

ch.

Dresdner Kalender.

Theater am 27. August. Opernhaus: Amelia (7½). — [illegible] Residenz-Theater: [illegible] Central-Theater: [illegible]

[illegible]

Orchesters im Gewerbehaus abgehalten werden. Eine Anzahl der hervorragendsten Solisten sind bereits verpflichtet worden. Den bisherigen Abonnenten bleib n ihre Karten gesichert. Vormerkungen auf Neu-Abonnements werden schon jetzt entgegengenommen bei F. Ries, Seestraße 21, und Ad. Brauer, Hauptstraße 2.

Kleine Mitteilungen.

Jubiläumsfeier des Leipziger alten Theaters. Am 26. August 1817 wurde der schon 50 Jahre vorher begründete Leipziger Musentempel zu einer stehenden Bühne umgewandelt. Die hundertste Wiederkehr des Tages wurde durch eine Festvorstellung gefeiert, in der die Braut von Messina unter Mitwirkung von Franziska Ellmenreich aufgeführt wurde. Der Vorstellung ging ein Festakt voraus, bei dem der Intendant Martersteig eine geistvolle Rede über die idealen Aufgaben des Theaters hielt, dem unter Bekämpfung des zur Herrschaft drängenden Geschäftsgeistes die Bahn zur Erfüllung seiner Kulturaufgabe frei zu machen sei.

Eduard Buchner, Professor der Chemie an der Würzburger Universität, einer der bedeutendsten Schüler des kürzlich verstorbenen Altmeisters der chemischen Forschung v. Baeyer, ist an den Folgen einer schweren Verwundung in einem Feldlazarett gestorben.

Hofburgschauspieler Heinrich Prechtler ist in Hofgastein im Alter von 58 Jahren gestorben. Prechtler, der auch als dramatischer Lehrer Ruf und Ansehen genoß, war geschätzt als guter Sprecher und als unaufdringlicher Darsteller kleinerer Rollen.

Sportkartell.

Arbeiterturner. Die Resultate der Spiele am 26. August in Löbtau sind: Faustball: Leuben—Löbtau [illegible] Leuben III [illegible] Leuben—Löbtau (Turnerinnen) [illegible] Leuben II—Cotta II 110:81. Radfahrt Dresden 100:110. [illegible] Mügeln [illegible] Striesen—Potschappel 51:65. Löbtau II—[illegible] Parlauf: Leuben—Cotta 24,5. [illegible] Löbtau—Mügeln 24,28. Dresden-[illegible] Leuben II—Potschappel 12:20. Löbtau—Leuben (Turnerinnen) 42:12. Radfahrt Striesen 21,28. [illegible] Mügeln—Cotta [illegible] Löbtau—Leuben [illegible] 1. Gruppe gegen 1. u. 4. Gruppe [illegible] Sonntag, 2. September, früh 8 Uhr, [illegible] Friedrich-Cotta. [illegible] 8 Uhr, Turnerinnenübung bei Schilda.